Inches 1 2 3 4 5 6 7 8

Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19

Colour Chart #13

DANES PICTA .COM

Blue	Cyan	Green	Yellow	Red	Magenta	White	3/Color	Black

R G B WH GR BL

Grey Scale #13

C M Y K

A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19

DANES PICTA .COM

Part Code ST1316

Der Kommunismus

Eduard Palyi

Der Kommunismus

sein Wesen — sein Ziel — seine Wirtschaft

Grundzüge eines Systems der Gemeinwirtschaft

Herausgegeben und mit
einem Nachwort von

Eduard Bernstein



Brandussche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30
1919

6383/1



Erstes bis zwölftes Tausend

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Ofic. Polit. Wychow.

L inw. 8507.

Vorbemerkung des Verlegers

Wenn ich hiermit der Öffentlichkeit ein Buch über den „Kommunismus" übergebe, dem ich innerlich fernstehe, so hat dies seinen Grund. Ich bin der Meinung, daß wir den seelischen Gehalt einer Bewegung, gleichviel ob wir ihr folgen oder sie ablehnen wollen, kennen und beherrschen müssen. Das gedankentiefe Manuskript des ungarischen Verfassers hat mich aber belehrt, daß dies heute nicht der Fall ist, daß wir den Kommunismus vielmehr nach seinen Auswüchsen beurteilen und wegen seiner Auswüchse verdammen. Die Lehre des Kommunismus, wie sie sich in den Köpfen seiner Führer darstellt, ist aber getragen von heiligem Idealismus und einer Tiefe der Ethik und Moral, die aufhört Politik zu sein, und die, ich möchte sagen, zur Religion wird. Das letzte Ziel des Kommunismus ist das höchste Glück des Einzelmenschen durch die Organisation der Gesamtheit.

Es erscheint mir freilich mehr als zweifelhaft, daß die Qualität der Menschheit durch den Kommunismus derart gehoben werden kann, daß das Individuum seine Eigeninteressen dem Gemeinsinn unterordnet. An dieser unbedingt notwendigen Voraussetzung scheitert das System und wird zur Theorie. Zugegeben, daß wirtschaftlicher Eigennutz durch den Kommunismus eine starke Minderung erfährt und daß infolge hiervon die materielle Kriminalität (Diebstahl, Eigentumsverbrechen, Raubmord usw.) wesentlich zurückgehen, so gibt es doch andere Leidenschaften, die mit dem Gelde nichts zu tun haben. Ich nenne nur Neid, Rachsucht, Eifer-

sucht, Sexualität, die selbst durch die schönste wirtschaftliche Organisation nicht auszuschalten sind und ewig trennend zwischen den Menschen stehen werden. Und wenn der Kommunismus behauptet, daß sein ethischer Gehalt die Qualität des Menschen entscheidend bessern werde, so bleibt dem entgegenzuhalten, daß die Religionen: Judentum, Christentum und Islam seit Jahrtausenden die höchsten ethischen Werte verbreiten und daß (wir wollen es uns nur eingestehen) von dieser Ethik im allgemeinen wenig Gebrauch gemacht worden ist.

Ich habe mich demgemäß zur Herausgabe des Buches entschlossen in der Überzeugung, daß jede neue und große Idee, welche die Welt durchleuchtet, aufgenommen, verarbeitet und, ist es notwendig, bekämpft werden muß; aber nicht mit Kanonen, sondern durch diejenigen zwingenden Kräfte des Geistes, die sich als stärker, wurzelfähiger und schließlich siegreich erweisen müssen.

Brandus

Proletarier und Intelligenzen aller Länder,
vereinigt Euch!

bilden sich aus ihnen. Sie vermengen sich mit den Bestandteilen der Erde, des Wassers, der Luft. Pflanzensamen beginnen in Gärung überzugehen und saugen sie in sich. Die Pflanzen werden von Tieren gefressen und diese Tiere wieder von anderen Tieren. Im unendlichen Zeitenlaufe können sich die Körperteilchen des verstorbenen Menschen in alle irdischen Formen verwandeln und gelangen früher oder später in einen menschlichen Körper, sie werden wieder Bestandteile eines Menschenleibes, wieder Menschen.

Dies ist der Sinn der Seelenwanderung. Dies die Geschichte des Menschen als irdischer Körper. Ich, der ich jetzt diese Lehre darlege, bin sicher darin, daß ich seit ewigen Zeiten lebe und ewig leben werde. Ich bin sicher darin, daß die Teilchen meines Körpers einstmals die Teilchen eines anderen Menschenkörpers waren. Ein und derselbe bin ich mit Königen und Sklaven vergangener Jahrtausende. Ein Leib bin ich mit ihnen, ihr Kind bin ich. Und ich bin sicher, daß, wenn ich einst zu Staub zerfalle, sich die Atome meines Leibes zerstreuen, aber durch allerlei Veränderungen hindurch einst wieder Teile menschlicher Körper sein werden. Menschen kommender Jahrtausende sind meine Kinder. Jedem Menschen ergeht es ebenso. Die Atome vergangener Menschen leben im Leibe lebendiger Menschen, und die Körperteilchen lebendiger Menschen werden im Leibe künftiger Menschen leben. Alle sind wir Brüder. Ich, ein gehetzter Paria der Gesellschaft, mag einst der Leib eines allmächtigen Pharao gewesen sein, und ich, ein abstrakter Philosoph, mag einstens der Körper eines vor aller Öffentlichkeit tanzenden Hanswursts werden.

Versteht mich wohl. Was ich meine, ist: wir Menschen sind insgesamt nur ein einziger Körper. Das ist die Urwahrheit der Gemeinsamkeit. Sie verleiht dem Ideal des

Kommunismus Kraft, ebenso wie die Erdangehörigkeit der vom Boden aufgehobenen Scholle dieser die unteilbare und unzerreißbare Kraft und Schwere verleiht.

Darum glaubet an den Kommunismus, den ich euch verkündige, wie an eine neue Religion.

Aber nicht nur in unserem Leibe, auch seelisch sind wir eins. Über unsere Seele wissen wir so viel, wie wir empfinden, denken und infolge unserer Empfindungen und Gedanken in Handlungen ausdrücken. Unser Handeln bleibt nie ohne Spur. Jede unserer Handlungen hat irgendeine Folge. Aus dieser Folge folgt abermals eine neue Folge. Alle unsere Handlungen leben so für ewig in ihren Konsequenzen. Aber jede einzelne Tat von uns ist bloß eine Folge von etwas anderem, das vor unserer Tat geschah und das unsere Handlung beeinflußt oder hervorgebracht hat. Die Geschichte der Menschheit ist so eine ewige Kette von Ursache und Wirkung. Nichts geschieht ohne Ursache und nichts ohne Folgen. So war es seit ewigen Zeiten und so wird es durch ewige Zeiten bleiben. All unsere Handlungen leben seit jeher und werden für immer leben.

Auch dies ist eine Form der Seelenwanderung.

Ich kenne meinen Körper und meine Seele als etwas in mir, dem Menschen, Zusammengefaßtes. Jedoch sind die Pfade meines Leibes in den irdischen Wandlungen anders, und auch anders sind die Pfade meiner Seele im Laufe irdischen Geschehens. Was immer auch aus den Atomen meines Körpers werden und sich aus den Handlungen meiner Seele entwickeln mag: die Teile meines Körpers und die Folgen meiner Tat treffen einander stets von neuem, und aufeinandertreffend werden sie sich immer wieder von neuem miteinander vereinen. Mein Leib und meine Seele sind unsterblich und unteilbar.

Man verstehe mich aber recht: so wie mein Körper im Laufe der Zeit übergeht in den Leib der übrigen Menschen, so begegnen meine Handlungen und die Handlungen anderer Menschen einander ebenfalls und vereinigen sich mit ihnen. Es ist ein Irrtum, zu glauben, aus einer einzelnen Ursache allein könne irgendeine andere Wirkung entstehen. Stets gehören zwei Ursachen dazu, daß eine Wirkung geboren werde. Zum Kinde gehören Vater und Mutter. Das Empfinden und Denken des Menschen offenbart sich im Handeln, aber dieses Handeln trifft zusammen mit dem Handeln eines anderen Menschen und die Resultate dieser beiden Handlungen ist ihre Konsequenz. So setzen sich ständig die Seelen vieler Menschen zusammen, und so bildet sich in dem Zusammenleben der Menschen der Zusammenhang heraus, woraus die Gesellschaft entsteht. Da nun demnach die menschliche Gesellschaft eine Zusammensetzung meiner Seele mit der der übrigen Menschen ist, verwebt sich ständig eine allgemeine Gemeinsamkeit aus unseren Seelen zusammen. Begreife man daher die Kraft, die in dem Kommunismus liegt und seine Wahrheit. Eine ineinander verwobene Seele sind wir Menschen. Die ganze Menschheit ist ein Leib und eine Seele.

Die Sittenlehre des Kommunismus

Der Stich der Nadel schmerzt, aber sich nähren tut wohl. Denn der Nadelstich paßt sich meinem Lebenssystem nicht an, wogegen die Ernährung mit ihm im Einklang steht. Das sind individuelle Empfindungen.

Wenn es mich schmerzt, daß dem Arbeiter das Ergebnis seiner Arbeit nicht zuteil wird, dann fühle ich sozial, dann bin ich sittlich, denn dann schmerzt mich nicht mehr mein eigenes Leid, sondern das der Gemeinsamkeit meiner Mitmenschen. Sittliches Empfinden ist daher das Gefühl der menschlichen Gemeinsamkeit. Moral ist gegeben, wenn ich nach dem Glücke der Menschheit trachte und zwar sowohl nach dem der lebenden wie auch nach dem der noch zu gebärenden Menschen, wenn ich somit darauf bedacht bin, hiernach zu handeln. Und was ist Glück? Glück ist das Wohlgefühl des Individuums auf Grund des Systems des Einklanges, sei es der Gesamtmenschheit, sei es des eigenen Lebenssystems.

Individuum und Gesellschaft machen fortgesetzt Geschehnisse durch. Manche Geschehnisse passen in ihr System, andere sind mit ihm nicht im Einklang. Entwicklung ist, daß sich mit uns zunehmend weniger störende Ereignisse begeben, daß im Gegenteil unsere Lebensgeschichte immer mehr harmonisch werde. Das Ziel der Entwicklung ist, um den Preis von so wenig Schmerz wie möglich so viel Glück wie möglich zu erreichen.

Schmerz und Glück empfindet stets das Individuum, denn nur das Individuum hat ein Bewußtsein. Die Harmonie der Gesellschaft ist das sittliche Ziel, aber nur in dem Empfinden der Individuen offenbart sich diese Harmonie.

Daher ist die durchschnittlich größte Glückseligkeit und der möglichst geringe Schmerz aller Individuen zusammengenommen der Inhalt der sittlichen Entwicklung. Wenn wir daran zurückdenken, daß Teile unseres Körpers immer von neuem zurückkehren und immer von neuem den Folgen unserer Handlungen begegnen, dann können wir das oberste sittliche Gesetz unserer Lebensphilosophie folgendermaßen formulieren:

Handle immer derart, daß, wann immer und in welcher Form immer und unter welchen Umständen immer du auch den Folgen deines Handelns wieder begegnest, diese für dich um den Preis des möglichst geringen Schmerzes das größtmögliche Glück ergeben.

Das bedeutet nicht Selbstsucht, denn wenn jeder dieses oberste sittliche Gesetz befolgt, dann müssen wir unsere Handlungen miteinander in Einklang bringen, um wechselseitig den möglichst geringen Schmerz und das möglichst große Glück zu fördern. Ja, da die ganze Menschheit durch das Weltgeschehen hindurch zusammenhängend Leib und Seele ist, habe ich, was ich für mich tue, allen meinen Mitmenschen getan und hinwieder, was ich Gutes oder Böses anderen angetan habe, für mich selbst getan. Ich erfülle eine Pflicht der Gesamtmenschheit gegenüber, wenn ich für mein eigenes Wohlergehen sorge, und ich verletze die Gesamtmenschheit, wenn ich, indem ich mir einen unverdienten Vorzug verschaffe, andere Mitmenschen verkürze.

So müssen die Leute des Kommunismus menschlich, sittlich empfinden. Der Kommunismus ist die Wissenschaft und die Praxis der allgemeinen menschlichen Verbundenheit.

Das höchste und wohlfeilste allgemeine Glück vermeint man vielfach durch die Mittel der Freiheit und Gleichheit zu erreichen. Ihre Unbeschränktheit widerspricht jedoch einer-

seits der Möglichkeit des Erreichens des höchsten und billigsten Glücks, andererseits steht auch die Unbeschränktheit jeder dieser zwei Prinzipien zu der des anderen in Gegensatz. Die unbeschränkte Freiheit bringt mit sich, daß der Stärkere Herr des Schwächeren wird, die volle Gleichheit aber ist nur durch Begrenzung der Freiheit des Individuums zu verwirklichen. Die vollständige Freiheit bedeutet Anarchie, und wäre es auch ideale Anarchie; die absolute Gleichheit hinwieder ist nur zu verwirklichen als Sklaverei, und wäre es eine im allgemeinen Interesse der Hervorragenden gemeinte Sklaverei. Daher ist der von uns festgesetzte wirtschaftliche Inhalt des sittlichen Prinzips richtig, in dessen Sinne man das möglich meiste und wohlfeilste Glück sucht und zwar unter Sicherung der gleichen Bedingungen der freien Selbsterhaltung und Weiterentwicklung. Der Kommunismus gibt daher keine schrankenlose Freiheit und keine unbedingte Gleichheit. Freiheit und Gleichheit unterstützen und beschränken einander zum Zwecke der Erreichung des höchsten moralischen Zweckes: des möglichst großen und mit möglichst wenig Aufwand zu erzielenden allgemeinen Glückes.

Die Wirtschaftslehre des Kommunismus

Zur sittlichen Entwicklung gehört die soziale Gemeinwirtschaft der Menschen. Hierauf bezieht sich das Prinzip der moralischen Entwicklung in der Weise, daß wir laut diesem Prinzip mehr Lebensbedürfnisse besser und billiger befriedigen können. Dies ist der höchste Grundsatz der Gemeinwirtschaft. Wenn der Kommunist darüber nachdenkt, wie die gesellschaftliche Wirtschaft des Kommunismus einzurichten sei, so mag er an dieses höchste wirtschaftliche Prinzip denken. Wir wollen also wohl verstehen: es ist nicht Zweck des Kommunismus, daß wir in kommunistischer Wirtschaft leben, dies kann ja nur ein Mittel sein, sondern sein Zweck ist, daß wir mit der möglichst geringen Mühe unsere möglichst vielfachen Lebensbedürfnisse auf das beste befriedigen können. Kommunisten sind wir nur darum und insofern, als wir dieses volkswirtschaftliche Ziel allgemein und für jeden Menschen durch den Kommunismus aufs beste zu erreichen glauben. Wo der Kommunismus zur Erreichung des durchschnittlich größten Glücks nicht geeignet ist, dort hört seine Berechtigung auf. So zum Beispiel ist jedermann genötigt, sich individuell für sich selbst zu ernähren, denn die Aufnahme von Nahrung kann man nicht für andere vollziehen. Die Natur hat jedem Menschen ihre nützlichen Schätze gleicherweise unentgeltlich gegeben. Nimmt sich der Stärkere auch das Teil des Schwächeren, so verletzt er hierdurch den durch die Natur gewiesenen Kommunismus, wenn aber jeder die ihm von der Natur zugewiesenen Gaben für sich behält und selbst genießt, so versündigt er sich hierdurch gegen den Kommunismus nicht, ja, er handelt und lebt im Sinne des Kommunismus. Das Privateigentum ist also unberech-

tigt, wenn es impliziert, daß ich auch das Teil des anderen nehme, das individuelle Eigentum aber ist berechtigt, wenn es besagt, daß ich nur mein eigenes Teil für mich behalte.

Wissenschaftlich ist es nun festgesetzt — Karl Marx hat es in ein vollständiges wissenschaftliches System gefaßt —, daß in der gesellschaftlichen Produktion das heutige Privateigentum im vorstehenden Sinne derart entstanden ist und fortwährend derart entsteht, daß es dem Privateigner der Produktionsmittel möglich ist, Mitmenschen den ihnen von der Natur verliehenen Anteil zu verkürzen. Dies geschieht im Wege der Aneignung des Mehrwertes der Arbeit, des Wertplusses. Daher ist der Kommunist ein Gegner des Systems des Privateigentums an den Produktionsmitteln, nämlich des Kapitals. Fände sich ein Philosoph, der irgendein System des Privateigentums ausklügelte, bei dem diese Enteignung nicht möglich wäre, dann würde der Kommunist auch dem Privateigentum an Produktionsmitteln nicht mehr widersprechen. Aber der Kommunist ist auch heute gegen kein individuelles Eigentum, das einesteils dem einzelnen aus der Gesamtproduktion zukommt, andernteils kein Mittel dazu werden kann, daß mit dessen Hilfe der anderen gebührende Teil angeeignet wird. In der kommunistischen Gesellschaft kann beispielsweise der Arbeiter sparen, um schöne Gemälde oder ein Piano zu kaufen, sich eine seinem Geschmack entsprechende Behausung zu erbauen, hygienischer und mit mehr Geschmack zu leben. Diese seine individuellen Eigentumsobjekte kann er auch verschenken, austauschen, ja, auf jene vererben, die ihm bei Lebzeiten Freude verursacht haben. Die kommunistische Gesellschaft fordert sogar von ihren Mitgliedern, sich der unnützen Produktion (?) zu enthalten und eine die Mittel zu einem Plus an Glück notwendige Sparsamkeit auszuüben.

Der Kommunismus fordert aber nicht nur dies, er fordert auch, daß jedermann in gleicher Weise der Naturgaben teilhaftig werde. Er wünscht also nicht nur einen durchschnittlichen Anteil für alle Menschen, sondern will auch, daß so viel wie möglich auf den einzelnen entfalle, das heißt, er fordert für den Menschen einen höheren Durchschnitt des Wohlstandes. Daher begnügt er sich nicht damit, daß wir so leben, wie gerade die Natur uns zur Verfügung steht, sondern fordert, daß wir die Gaben der Natur vermehren und verbessern, das heißt: daß wir wirtschaften und durch Wirtschaft so viel Bedürfnisse wie möglich so gut und mit so wenig Mühe wie möglich befriedigen. Die Natur gewährt nur sehr wenig völlig unentgeltlich, nämlich so, daß wir es benützen können, ohne erst zu wirtschaften. Solch unentgeltliche Gabe ist zum Beispiel die Luft. Ein Anrecht auf die nicht unentgeltlichen Gaben der Natur hat also nur jener, der durch sein Wirtschaften, durch seine Arbeit beiträgt zur wirtschaftlichen Ausnützung der Gaben der Natur, nämlich zur Produktion wirtschaftlicher Werte. Der Zweck dieser Gemeinwirtschaft ist nur dann erreichbar, nämlich der allgemein möglichst große und möglichst wohlfeile Wohlstand, wenn jedermann durch Verarbeitung der Natur an der Schaffung des Wohlstandes teilnimmt, das heißt, wenn jedermann wirtschaftet.

Was die Natur unentgeltlich darbietet, hat einfach Nützlichkeit. Was sie nicht unentgeltlich gibt, sondern uns nur durch das Mittel unseres Wirtschaftens zur Verfügung stellt, hat Gebrauchswert. Der Gebrauchswert hat demnach zwei Grundlagen: die Nützlichkeit und die Wirtschaft. Der Gebrauchswert eines Gegenstandes kann im Verhältnis zu dem Gebrauchswert der übrigen Gegenstände nicht größer sein als dessen Nützlichkeit. Hingegen kann der Gebrauchswert

eines Gegenstandes nicht kleiner sein, als im Verhältnis zu anderen Gegenständen das Maß der investierten Wirtschaft. Die Nützlichkeit ist das obere Maß, die Wirtschaft die untere Grenze des Gebrauchswertes der Güter.

Die in der Gesellschaft zusammen wirtschaftenden einzelnen Menschen schreiben den einzelnen Gegenständen verschiedenen Gebrauchswert zu. Schuhe und Hosen sind gleicherweise nützliche Gegenstände, sagen wir, sie erheischen auch beide das gleiche Maß von Wirtschaft. Nichtsdestoweniger werden Schuster und Schneider — wenn auch durch Vermittlung des Geldes — die von ihnen verfertigten Schuhe und Hosen austauschen, denn der Schuster schreibt der Hose und der Schneider den Schuhen individuell eine größere Nützlichkeit zu und damit auch einen größeren Gebrauchswert. Auch dies ist eine Art der Mehrwerterzeugung. Hier jedoch verschafft jeder dem anderen einen Mehrwert. Dies ist der höhere Wert der gesellschaftlichen Gemeinwirtschaft über die abgeschlossene individuelle Wirtschaft. Dies verleiht der sozialen Gemeinwirtschaft sittliche Überlegenheit, denn es resultiert daraus bessere und wohlfeilere Bedürfnisbefriedigung.

Wir sehen indes, daß sich der gesellschaftliche Gebrauchswert der Güter von dem einzelnen individuellen Gebrauchswert unterscheidet. Daher muß als wirtschaftlicher Wert der gesellschaftlich durchschnittliche Gebrauchswert angesehen werden. Der Kommunismus stellt auch aus dem Grunde die kommunistische Wirtschaft über die individuelle Wirtschaft, weil die soziale Wirtschaft mehr Werte produziert, eine größere Produktion erzielt, als die individuelle. Der Kommunismus verschafft dem Menschen einesteils eine gleichmäßige, andernteils eine höhere durchschnittliche Bedürfnisbefriedigung. So verschafft der Kommunismus dem Menschen

um den Preis von weniger Mühe mehr Glück: Daher ist der Kommunismus moralisch. Immer aber muß vermerkt werden, daß der Kommunismus kein Selbstzweck ist, sondern nur ein Mittel zu einem Plus an Glück. Der Kommunismus würde sofort versagen, wenn die Menschen durch ihn zu weniger Glück gelangen würden als ohne ihn. Dies legt aber dem Kommunisten eine große Pflicht auf: wir müssen uns derart einrichten, daß wir in Raum und Zeit tatsächlich mehr Glück verschaffen. Es ist eine dumme und böswillige Verleumdung, der Kommunismus sei ein verheerendes, mordbrennerisches, räuberisches und mörderisches System. Im Gegenteil, der Kommunismus will für jeden Menschen das möglichste Glück erzielen, und wir werden sehen, daß er es auch kann.

Das Rechtssystem des Kommunismus

Wir alle sind Kinder der Natur, uns allen teilt Allmutter Natur gleicherweise ihre Gaben zu. Ein Recht zu leben hat jeder, im Prinzip gebührt jedem gleicherweise und gleichmäßig ein Existenzminimum. Da aber diese Gaben ein Wirtschaften erfordern, so erwerben wir uns nur nach Maßgabe unseres Wirtschaftens ein Recht auf sie. Kinder, Greise und Kranke, die ohne eigene Schuld an der Wirtschaftsarbeit nicht teilnehmen können, haben daraufhin Anspruch auf das Existenzminimum. Das Recht auf dieses Existenzminimum verwirkt nur der, der seine Wirtschaftsarbeit zur Nutzbarmachung der Naturgaben wohl hergeben könnte, aber nicht hergeben will.

Die Gesellschaft verlangt ebensowenig ihren Anteil an dem Ergebnis der Wirtschaft der Menschen, wie die Natur, aber die gesellschaftliche Ordnung hat Selbsterhaltungskosten zu tragen. Zur Deckung dieser Kosten erhebt die Gesellschaft von ihren Mitgliedern Steuern. Die Steuer kann nicht höher sein, als der materielle Wert der Vorzüge, welche die Gesellschaft ihren Mitgliedern gewährt. Der Staat gewährt seinen Mitgliedern Sicherheit des Lebens, doch wäre es ein Widerspruch in der Sache, zu glauben, der Staat habe darum auch das Recht, seinen Mitgliedern das Leben zu nehmen. Einen Krieg darf demgemäß der Staat nicht unternehmen, sonst gerät er mit seinen eigenen Zwecken in Widerspruch. Doch ist natürlich die Aufnahme der Selbstverteidigung kein Krieg, sondern ein Akt der Notwendigkeit. Der Staat gewährt seinen Mitgliedern die Wirtschaftsmöglichkeit, es hieße also sich selbst widersprechen, wollte der Staat das Resultat der Wirtschaft seinen Mitgliedern vom Munde und vom Leibe

nehmen. Der Staat ist ein Mittel der Selbsterhaltung und Weiterentwicklung der Individuen; wollte der Staat das Individuum hierin einschränken, so käme er mit seinem eigenen ideellen Daseinsmotiv in Widerspruch. Wir müssen aber verstehen, daß der Staat seinen sämtlichen Mitgliedern allgemeine und durchschnittliche Lebenssicherheit und Entwicklungsmöglichkeit bietet, daher repräsentiert der Staat gegenüber dem einzelnen das allgemeine Interesse: er achtet nicht darauf, was für das einzelne Individuum gut ist, sondern darauf, was bei Behandlung des einzelnen Menschen für die Allgemeinheit, für die Gesamtheit der Individuen gut ist. In der Gesellschaft figurieren gesellschaftliche (soziale) Werte. Es kann kein Gegenstand individueller Beschwerde sein, was im allgemeinen für jedermann gut ist. Wir wollen aber darum nicht in den Irrtum verfallen, als sei die Gesellschaft der Zweck und die Individuen nur Mittel. Im Gegenteil: die Gesellschaft ist eines der Mittel zum Fortkommen der Menschen, aber nicht in jedem Falle gemäß dem Urteil des einzelnen, sondern im allgemeinen vom Standpunkte des Interesses sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft. Daher muß der Staat seiner Natur gemäß demokratisch sein.

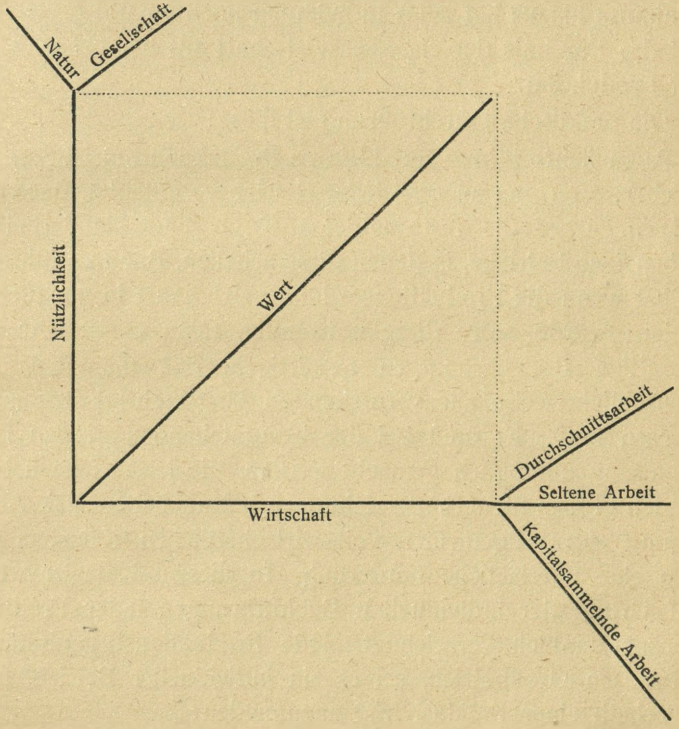
Die Güter der Natur und der Gesellschaft macht die menschliche Wirtschaft zu Gebrauchswerten, daher erhebt auch das wirkende Individuum Anspruch auf die produzierten Werte. Die menschliche Wirtschaft macht sich in drei Formen geltend:

1. als durchschnittliche Kopf- oder Handarbeit, die durchschnittlich nach Maßgabe der Notwendigkeit zur Verfügung steht;
2. als seltene Arbeit, die nur in beschränkter Anzahl und Qualität der Menschheit zur Verfügung steht, zum Bei-

spiel die Organisierungs- und die Erfindungsarbeit; und schließlich

3. die wertebewahrende und wertevermehrende Sparsamkeit, die positive und negative Arbeit der Kapitalansammlung.

Die Faktoren der Wertgestaltung können wir in der Formel eines Kräfteparallelogramms zusammenfassen:



Natur und Gesellschaft verleihen die Nützlichkeit, die dreierlei menschliche Arbeit verleiht die Wirtschaft, Nützlichkeit und Wirtschaft ergeben den Wert (sozialen Wert).

Die Rechtsordnung des Kommunismus verleiht allen fünf wertproduzierenden Faktoren ihr Produktionsergebnis. Die durch unsere Mutter Natur und unseren Vater Gesellschaft produzierten Werte sind gleichermaßen rechtmäßiges Eigentum ihrer Kinder, der Menschen, und werden unter sie in Form des Existenzminimums verteilt. Die Gesellschaft erheischt jedoch die Kosten ihrer Selbsterhaltung und Weiterentwicklung in der Form von Steuern. Über dieses Existenzminimum hinaus hat jedes Individuum noch separat ein Recht auf das Ergebnis der eigenen Wirtschaft aus der Gesamtheit der Produktion.

Die praktische Durchführung ist diese:

Auch heute führen nur kleinere Produktionsbetriebe keine Bücher. Von nun an wird jeder Betrieb verpflichtet, Buch zu führen. Über die festbesoldeten Kopf- und Handarbeiter haben jene Betriebe, in denen diese arbeiten, Buch zu führen. Selbst wenn die Produktionsordnung sich sonst in gar nichts ändern würde, wäre diese notwendig, denn es ist eine so gewaltige Besteuerung zu gewärtigen, daß man bei ihr menschlicherweise alle vermeidbaren Ungerechtigkeiten ausmerzen muß. Es muß bei der bevorstehenden großen Besteuerung unmöglich gemacht werden, die jetzt vielfach beliebten großen Steuerhinterziehungen beizubehalten. Die Auflegung eines allgemeinen volkswirtschaftlichen Katasters ist also eine unerläßliche Forderung. In diesem Kataster wird auf Grund der individuellen Buchführungen jeder Produktionsakt amtlich verzeichnet. Jede Produktionsorganisation, sei es ein Großbetrieb, sei es ein individueller Betrieb, hat innerhalb einer Präklusivfrist anzumelden:

1. ein für allemal seine gesamte stehende Kapitalseinrichtung;
2. die Veränderungen der Einrichtung;

3. die den an der Produktion teilnehmenden Individuen zum Zwecke ihrer Selbsterhaltung gegebenen Vorschüsse;
4. die verarbeiteten Materialien;
5. die angefertigten Waren;
6. die verkauften Waren.

Aus dieser Bilanz wird amtlich festgestellt:

1. wieviel stehendes Kapital in dem Betriebe steckt, dessen Wert ständig erhalten werden muß, sei es durch Beschaffung neuer Kapitalien, sei es zwecks späterer Deckung des Verbrauches durch Anhäufung einer Kapitalsreserve;
2. wieviel Betriebskapital der Betrieb aufgezehrt hat, für dessen Ersatz durch Verkauf der Produkte gesorgt werden muß;
3. wieviel Arbeit an die Produktion gewendet worden ist und
4. wieviel Mehrwert erzielt wurde. Das heißt, es wird der reine Überschuß des Betriebes festgestellt.

Das volkswirtschaftliche Katasteramt setzt das Existenzminimum der Kopf- und Handarbeiter fest, die an der Produktion teilgenommen haben, sowie auch das Daseinsminimum der Familienmitglieder dieser Arbeiter, desgleichen auch das ihrer arbeitsunfähigen Familienmitglieder. Dies ist für alle der gleiche Betrag, wird er aber in barem Gelde ausgezahlt, so variiert je nach der Änderung der Kaufkraft des Geldes auch das Geldquantum des Existenzminimums.

Das Amt stellt ferner die Arbeitsgebühren fest: je nach der schwereren Natur, Gefährlichkeit, Unannehmlichkeit und besonderen sozialen Notwendigkeit und produktiven Kraftqualität der Arbeit werden den Individuen, die an der Produktion aktiv teilgenommen haben, außer dem Existenz-

minimum noch Zulagen-Arbeitsgebühren (Prämien) ausbezahlt.

Weiter stellt das Amt die zur Erhaltung und Rückerstattung des stehenden und des Betriebskapitals notwendigen Beträge fest. Schließlich wird den Individuen, die den Betrieb organisieren und leiten, nach Maßgabe der erzielten Resultate die entsprechende Arbeitsentlohnung angewiesen.

Dem verbleibenden Überschuß entnimmt der Staat seine Steuern, und der hiernach noch verbleibende Überschuß wird unter die Produktionsteilnehmer als Sonderentlohnung verteilt.

Ein Betrieb, der alle diese notwendigen Erträgnisse nicht ständig hervorzubringen vermag, ist als wirtschaftlich nachteiliger Betrieb einzustellen.

Das Existenzminimum ist für die Berechtigten im Falle von Betriebsverlust aus dem Staatsvermögen zu decken.

Es hat nur den Anschein, als bedürfe es bei diesem System einer allzu großen amtlichen Organisation, denn die Verhältnisziffern der meisten Posten werden schon nach dem Vorjahre festgestellt. Für das Existenzminimum kann eine ziemliche Durchschnittsziffer angesetzt werden, ebenso für den Arbeitslohn der einzelnen Produktionszweige. Überhaupt finden die Arbeitslöhne in ein paar Rubriken Platz. Die Steuer kann prozentuell sein. Der Lohn der Projektionsarbeit (Entwurfsarbeit) kann in Prozenten des erreichten Ergebnisses ausgedrückt werden. Auf diese Weise wird die durch den Kataster vorgenommene Verteilung der Einkommen eine ziemlich schablonenhafte Arbeit.

Welche Ergebnisse werden mit diesem System erzielt?

Im allgemeinen erreichen wir, daß jedermann nach Verdienst an dem Ergebnisse seiner Produktion Anteil hat.

Die Sonderergebnisse aber sind folgende:

1. Infolge des Existenzminimums wird die Auferziehung der Kinder gesichert;
2. die Kranken werden versorgt;
3. die Alten kommen zu einem Ruhegehalt;
4. für eine Reproduktion des Kapitals wird gesorgt;
5. der übermäßige Nutzen des Unternehmers, seine unbilligen Gewinne auf Kosten der Arbeiter hören auf;
6. es wird die einzige Steuergattung eingeführt, die die beiden unschätzbaren Vorzüge hat, daß sie gerecht und auf die Konsumenten nicht abwälzbar ist, also nicht preistreiberisch wirkt; schließlich
7. ist eine Ausbeutung der Konsumenten auf diese Weise zu vermeiden, indem kein sehr großes persönliches Interesse an der Verteuerung der Produkte besteht und die Angemessenheit der Preise auch amtlich kontrollierbar ist.

Mehrwert und Privateigentum

Die wissenschaftliche Entdeckung und systematische Feststellung des Mehrwertes gehört mit zu den entscheidenden Ereignissen in der Geschichte der Menschheit. Das Wesen des Mehrwertes wird durch folgendes Beispiel erklärt:

Der kapitalistische Unternehmer kauft für sein Geld die Ware. Die Ware kann durch den Arbeiter fertig hergestellt sein, kann aber auch die Arbeitskraft des Arbeiters selbst sein, die der kapitalistische Unternehmer dann zur Warenproduktion verwendet. Das Geld wird auf diese Weise zur Ware, aus G. wird W. Nun verkauft der kapitalistische Unternehmer die Ware, das heißt, er macht sie abermals zu Geld. Aus W. wird abermals G. Der Prozeß wäre also dieser: G—W—G. Marx sagt nun, die Formel ist in dieser Form unrichtig. Niemand verwandelt sein Geld in Ware und seine Ware abermals in Geld, um schließlich ebensoviel Geld zu haben, als er ursprünglich hatte. Er muß zu einer zuschüssigen Geldmenge (g) gelangen; bloß darum hält der kapitalistische Unternehmer es der Mühe für wert, diese Manipulation vorzunehmen. Die Formel lautet also in Wirklichkeit: G—W—(G+g). Dieses g ist der Mehrwert.

Woher kommt dieser Mehrwert? Marx behauptet, der kapitalistische Unternehmer übervorteilt den Arbeiter. Er kauft ihm zum Beispiel die Arbeit von zehn Stunden ab, läßt ihn in dieser zehnstündigen Arbeitszeit entsprechende Waren herstellen und zahlt ihm einen Lohn, der nur sechs Stunden Arbeitszeit entspricht. Das hergestellte Produkt verkauft er als das Ergebnis zehnstündiger Arbeit und eignet sich also das Ergebnis vierstündiger Arbeitszeit an, wo doch dies von Rechts wegen dem Arbeiter zukäme.

Marx hat recht, doch erfordert seine These eine Erläuterung:

Vor allen Dingen müssen wir uns darüber klar sein, daß es einen wirklichen Mehrwert und einen Pseudomehrwert gibt. Der wirkliche Mehrwert ist tatsächlich das Ergebnis der Herstellung neuer Werte. Der Pseudomehrwert ist kein neuer Wert, sondern nur die Vermögensvermehrung des einen Menschen gegenüber dem Vermögen des anderen. Der Zweck aller Produktionshandlung ist, wirklichen Mehrwert zu schaffen, sonst hätte ja die Produktion keinen Sinn. Der Schuster würde keine Schuhe machen, der Landmann keinen Weizen produzieren, wäre das Ergebnis nicht mehr Wert als die Investierung. Gerade dadurch wird die Arbeit wirtschaftlich, daß sie nicht nur sich selber zurückzahlt, sondern auch einen Mehrwert schafft. Ebenfalls echten Mehrwert produziert auch die Gesellschaft. Grund und Boden, Häuser usw. werden infolge der sozialen Entwicklung wertvoller. Auch die Arbeit des Individuums gewinnt dadurch unvergleichlich an Wert, daß es eine soziale Arbeitsteilung gibt. Die organisierende Arbeit aber kommt überhaupt nur gesellschaftlich zur Geltung.

Ein wirklicher Mehrwert wird also durch alle wirtschaftliche Arbeit geschaffen und bei aller wirtschaftlichen Arbeit durch die Gesellschaft.

Der wirkliche Mehrwert ist nun nicht abzuschaffen, im Gegenteil gerade ihm zuliebe lohnt es im allgemeinen zu wirtschaften und speziell in der Gesellschaft. Hingegen ist der Pseudomehrwert zu beseitigen, denn er ist nichts anderes, als ungerechte Einkommensverteilung.

Der Pseudomehrwert entsteht auf zweierlei Art. Erstens, wenn der Arbeiter nicht das volle Ergebnis seiner Arbeit erhält. Diese Mehrwerterzeugung verfolgt Marx. Es gibt aber

auch eine andere Erzeugung von Pseudomehrwert, nämlich, wenn man den Konsumenten das Produkt teurer bezahlen läßt, als dessen Herstellung kostet. Diese zwei Arten der Erzielung von Pseudomehrwert sind schädlich und auszumerzen. Ebenso auszumerzen sind aber auch die Fälle, wo einzelne das Mehrwertergebnis der individuellen Arbeit oder der Gesellschaft sich aneignen.

Hierher gehören noch einige weitere Bemerkungen:

1. Das in der Produktion angewendete Kapital ist stehendes Kapital (Arbeitsmittel und Material) und ist zweifellos nicht nur das Ergebnis der Arbeit, die das Kapital ursprünglich produziert hat, sondern auch das Ergebnis von Sparsamkeit und Sorgsamkeit. Auch wenn das Kapital aufhören sollte, Privateigentum zu sein, kann man sparen und vorsorglich sein, man kann aber auch von Sparsamkeit und Sorgsamkeit absehen. Die Existenz des Privateigentums ist also für diese Frage gleichgültig. Auch im Falle des Kommunismus müssen die Menschen zur Kapitalschaffung angespornt werden. Die Notwendigkeit dieses äußeren Antriebes hört nur dann auf, wenn die Menschen im allgemeinen vollendet gütig sein werden und der innere Antrieb der Gemeinempfindung in ihnen stark genug ist. Vorläufig muß das Ergebnis der Produktion mehr wert sein, als der Arbeitslohn, damit die Kapitalschaffung auch irgendwelchen Lohn erhalte.

2. Der kapitalistische Unternehmer verrichtet selber eine gewisse Arbeit, indem er das Geld zur Ware und die Ware wieder zu Geld macht. Er kann seinen Mitmenschen nicht anbefehlen, daß sie nach seinem Belieben ihm für Geld Ware, für Ware Geld geben. Auch die Menschen müssen hierbei irgendein wirtschaftliches Interesse haben. Der Unternehmer gibt für die Ware demjenigen Geld, der mehr des Geldes als der Ware bedarf. Und gibt dagegen die Ware für Geld

jenem weiter, der hinwieder der Ware bedarf. Auch im Falle eines vollständigen Kommunismus würde man Leute brauchen, die für den Austauschprozeß sorgen. Statt der kapitalistischen Unternehmer würden staatliche Angestellte die produzierte Ware übernehmen und sie dorthin gelangen lassen, wo man ihrer bedarf. Es ist also klar, daß in dem Plus des Verkaufspreises der Ware auch der berechtigte Lohn dessen inbegriffen ist, der für den Austausch der Waren sorgt.

3. Wenn der kapitalistische Unternehmer die Ware teurer verkauft, als er sie bezahlt hat, dann legt auch er den Konsumenten hinein. Der innere Wert der Ware wird nicht durch das für die Ware gegebene Geld ausgedrückt, sondern durch das Geld, das die Herstellung der Ware gekostet hat. Würde der kapitalistische Unternehmer dem Arbeiter den inneren Wert der zehnstündigen Arbeitszeit in vollem Betrage auszahlen, so könnte es sich doch ereignen, daß er die in den zehn Stunden produzierte Ware zu einem Preise verkauft, der einer vierzehnstündigen Arbeitszeit gleichkäme. In diesem Falle würde der Mehrwert nicht zu Lasten des Arbeiters, sondern auf Kosten des Konsumenten gemacht. Allerdings ist der Arbeiter mit seinem ganzen Einkommen Konsument. Also trägt er in größerem Maße die Last eines so gearteten Mehrwertes, als jene Klassen, die nicht ihr ganzes Einkommen konsumieren.

4. All dies aber sind keine entscheidenden Gesichtspunkte. Die prozeßentscheidende Erscheinung, auf die ich die Aufmerksamkeit der Wissenschaft lenken will, ist, daß der Mehrwert ein natürliches und notwendiges wirtschaftliches und soziales Resultat ist. Ein stichhaltiger Einwand ist nur, daß dieses sozialwirtschaftliche Ergebnis vom kapitalistischen Unternehmer unberechtigterweise ausgebeutet wird. Nehmen wir zum Beispiel an, daß die Produktion eines Meterzentners

Weizen ebensoviel Zeit in Anspruch nimmt, wie die Herstellung eines Anzuges. Warum tauschen also Bauer und Schneider gegenseitig ihre Produkte aus? Weil beide in dem Austausche gleichwertiger Güter irgendeinen Vorteil erblicken. Dieser Vorteil ist der gesellschaftliche Mehrwert. Wäre der Landmann gezwungen, Kleider, Schuhe, Werkzeug, Kunstdünger, veredelten Anbausamen usw. alles selber herzustellen, dann würde er in letzter Analyse Produkte von geringerem Gesamtwert hervorbringen, als es in der Ordnung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung geschieht. Wenn eine Million Menschen in sozialer Gemeinwirtschaft leben, dann ist das Resultat ihrer Produktion nicht dasselbe welches es wäre, wenn von dieser Million jeder einzeln abgesondert für sich wirtschaftete. Die Million Menschen der Gemeinwirtschaft hat ein unermeßlich größeres Ergebnis. Henry George hat diesen Mehrwertcharakter bei der Bodenrente wahrgenommen und wünschte daher die Bodenrente zu kommunisieren, obwohl er sonst und im übrigen die Einrichtung des Privateigentums aufrechterhalten zu sehen wünschte. Aber nicht nur der Boden hat derart eine Mehrwertausgestaltung, sondern jedem Moment der sozialen Wirtschaft haftet solch gesellschaftlicher Mehrwert an. Der Fehler liegt also nicht darin, daß es einen Mehrwert gibt. Die Entstehung des Mehrwerts ist kein Unglück, sondern ein Glück und von allgemeinem Nutzen. Das Übel liegt darin, daß nicht derjenige den sozialen Mehrwert erhält, der ihn schafft, daß nicht die Gesellschaft ihn für sich, das heißt für ihre Mitglieder insgesamt beschlagnahmt, sondern darin, daß einzelnen Individuen die Möglichkeit geboten ist, den nicht durch sie, sondern durch die Gesellschaft geschaffenen Mehrwert als ihr Privateigentum für sich in Anspruch zu nehmen.

Daß einzelne den gesellschaftlichen Mehrwert sich an-

eignen können, hat in dem heutigen System zur einen Ursache, daß die Produktionsmittel, mit deren Hilfe der soziale Mehrwert entsteht, nicht in gesellschaftlichem, sondern im Privatbesitz sind. Daher der Protest des Kommunismus gegen die Institution des Privateigentums. Wem der Boden gehört, dem gehört die Bodenrente. Wem das Haus gehört, dem gehört in den Städten die Häuserwertsteigerung; wessen irgendeine volkswirtschaftliche Erscheinung ist, dessen ist der soziale Nutzen, der dieser Erscheinung anhaftet. Aus diesem Grunde wünscht der Kommunismus die Einrichtung des Privateigentums zu sistieren. Fände jemand Mittel und Wege, daß die Aneignung des Mehrwertes bei Aufrechterhaltung der Einrichtung des Privateigentums aufhörte, so würde der Kommunismus das Privateigentum belassen. Nicht der Mehrwert soll aufgehoben werden, dies wäre wirtschaftlicher Selbstmord, sondern es soll nur die Aneignung des Mehrwertes aufhören. Und wir wollen nicht das Eigentum schlechthin einstellen. Sind ja doch die wirtschaftlichen Güter Eigentum der Menschen, wie immer wir sie auch nennen mögen, ob wir sie als Gemeingut, ob als individuelles Eigentum, ob als Privateigentum kennzeichnen. Wir wollen, daß jedem nur das gehöre, was er selber produziert hat. Dies ist das berechtigte persönliche Eigentum auch im Kommunismus. Heute wird nicht gestattet, daß Peter sich aneigne, was individuell Paul produziert hat. Aber organisch wird ermöglicht, daß alle die Peter sich aneignen, was sozial alle die Pauls produziert haben.

Ich muß hier nachdrücklich die irrige Meinung oder bewußte Verleumdung widerlegen, die Kommunisten seien Räuber und Plünderer. Die Kommunisten wollen das Privateigentum organisch enteignen. Das heißt, sie wollen es im Wege der Einrichtungen der neuen Ordnung einfügen, es

heißt aber nicht, daß einzelne Individuen anderen Individuen eigenmächtig mit Gewalt was immer wegnehmen dürfen. In Rußland werden die Räuber und Plünderer standrechtlich zum Tode verurteilt. Noch nachdrücklicher weise ich die Beschuldigung zurück, die Kommunisten metzelten ihre Mitmenschen nieder. Die Kommunisten betreten den Pfad der Revolution, weil die alte gesellschaftliche Ordnung nicht aus eigenem Antrieb sich ergibt, sie nehmen ihre Zuflucht zur Gewalt, weil jede Revolution stets das zum eigenen Vorteil der bisherigen Machthaber zugeschnittene Rechtssystem einstellen will. Aber die Kommunisten sind Gegner allen Krieges, also allen Blutvergießens. Nur zum Zwecke der Selbstverteidigung greifen sie zur Waffe. Heute sind wir bereits in der Ära der unblutigen Revolution. Die Kommunisten wissen, daß heute selbst die Waffen der Soldaten schon in Händen von Kommunisten sind. Gegeneinander aber werden die Kommunisten keine Waffe anwenden. Der Sozialdemokrat wird auf den Kommunisten der anderen Schattierung nicht schießen lassen, und dieser wird jenen nicht belagern. Gemeinsam machen sie sich beide an die bürgerliche Gesellschaft, die in voller Ohnmacht in sich selber zerfällt. Die ideal-kommunistische Revolution wird auch nicht zum Ausbruche kommen, solange ihre Unblutigkeit nicht im vorhinein gesichert ist.

Zweck und Mittel

Jede Idee, jeder Zweck sucht nach geeigneten Mitteln zu ihrer Verwirklichung. Die Geschichte der Menschheit legt Zeugnis davon ab, daß selbst die hehrsten Ideen durch jene gewohnheitsmäßige menschliche Verirrung verschwinden, als deren Folge die Mittel mit dem Zwecke verwechselt werden, die Mittel an die Stelle des Zweckes treten. Die Form wird anstelle des Inhalts gesetzt, das Unwesentliche anstelle des Wesentlichen. Dies ist es, worauf sich das Wort Christi bezieht: der Buchstabe tötet.

Wir müssen also darauf achten, daß nicht auch der Kommunismus in diesen Fehler verfalle.

Es ist das Verbrechen des Kapitalismus, daß mit Hilfe des Privateigentums am produzierenden Kapital der Kapitalist sich auf Kosten des Arbeiters einen Mehrwert aneignen kann. Hierdurch entsteht eine ungerechte Einkommenverteilung, und als Folge entstehen zwei Klassen in der Gesellschaft, die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten.

Demgegenüber will der Kommunismus jedem zu dessen Fortkommen die gleichen Bedingungen bieten. Dies ist der Zweck, die Niederwerfung der Fehler des Kapitalismus aber das Mittel. Mittel sind daher:

1. Die Abschaffung des Privateigentums;
2. die Beseitigung der Mehrwertaneignung;
3. die Verminderung der Kapitalshäufung, und
4. die Durchführung des Klassenkampfes.

Die Einrichtung des Privateigentums hat vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit aus den Vorzug, daß sie die Triebfeder ist zur Entfaltung der individuellen Kraft und insbesondere zur stärkeren Ausbildung der Fähigkeit der seltenen Arbeit,

ferner zur Sparsamkeit und Sorgsamkeit, kurz, zur Kapitalsvermehrung. Wir haben aber festgestellt, daß das Privateigentum eine antisoziale Einrichtung ist. Es stammt noch aus der Zeit, wo die Menschen noch nicht in staatlicher Gesellschaft lebten, sondern höchstens von dem Rechte des Stärkeren Gebrauch machten. Die kommunistische Gesellschaft kann also das Privateigentum nicht dulden. An seine Stelle tritt aber das individuelle Eigentum, dessen Grundlage das eigene Ergebnis der Wirtschaft des Individuums ist, und dessen grundsätzliche Rechtfertigung darin liegt, daß auch das Gemeinglück im allgemeinen nur dazu da ist, damit die Individuen es genießen. Denn wenn sich die Individuen völlig vervollkommnen würden, dann bedürfte es keiner Gesellschaft und alles könnte der Einsicht und der Willenshandlung der Individuen anvertraut werden. Bis dahin aber ist das individuelle Eigentum

1. gerecht, denn es führt das Ergebnis der eigenen Arbeit, des eigenen Ich, dem Individuum zu;
2. wirtschaftlich, denn es hält die Triebfedern der Wirtschaft aufrecht, und
3. unentbehrlich, denn keiner kann an Stelle des anderen essen, wohnen, sich kleiden usw.

Dies ist ein Schulbeispiel dafür, daß wir den Buchstaben bei Verwerfung von Wesen, Inhalt und Zweck vergöttern, wenn wir das Privateigentum wegen seiner selbst und nicht wegen seiner Fehler bekämpfen. Der Fehler des Privateigentums ist, daß es den Privateignern des Produktionskapitals die Möglichkeit zur Mehrwertaneignung bietet. Dieser Fehler muß durch entsprechende gesellschaftliche Einrichtungen ausgemerzt werden, und das Privateigentum hat sich im Kommunismus auch schon in individuelles Eigentum umgewandelt. Die entsprechende Einrichtung besteht darin, daß

der die Einkommen verteilende staatliche Kataster durch seine Tätigkeit die Produktion kontrolliert und die Ordnung der Einkommensverteilung derart festsetzt, daß jeder wertproduzierende Faktor sein eigenes Ergebnis erhalte.

Desgleichen wäre es Teufelsbannung, den Mehrwert kritiklos zu verfolgen. Es gibt den wirklichen, nützlichen und notwendigen Mehrwert, den soziale Arbeitsteilung und gesellschaftliche Entwicklung hervorbringen. Der Schuster verfertigt während der Arbeit eines Tages ein Paar Schuhe, der Schneider während derselben Zeit ein Paar Hosen. Sie tauschen. Der Wert beider Waren ist miteinander identisch, dennoch wird getauscht, denn gesellschaftlich sind zwar beide gleichwertig, individuell aber haben die Hosen für den Schuster und für den Schneider die Schuhe mehr Gebrauchswert. Warum? Weil beide die Ware des anderen selber schwerer herzustellen vermöchten. Wir sehen hier, daß durch den Austausch von zwei gleichwertigen Waren beide tauschende Parteien einen Mehrwert herausbekommen. Dieser Mehrwert ist jedoch nicht zu verurteilen, denn wäre er nicht, so gäbe es keine gesellschaftliche Arbeitsteilung und es würde sich nicht lohnen, soziale Wirtschaft zu betreiben.

Ein anderes Beispiel.

Tausend Arbeiter stehen rastend und arbeitslos. An andrer Stelle liegt ungeheuer viel zutage geförderte Kohle ohne Benützungsmöglichkeit. Es kommt ein Mensch mit einer Idee: er konstruiert Maschinen, die von den Arbeitern geheizt, angetrieben und bedient werden, die Maschine erzeugt Elektrizität, die Elektrizität sondert einen Bestandteil der Luft ab, das Nitrogen, hieraus wird Kunstdünger verfertigt, der vielen Tausenden von Menschen landwirtschaftliche Mehrproduktion ermöglicht. Das System erlernt man auf der ganzen Welt, und Millionen von Menschen, während langer

Jahrzehnte hunderte Millionen von Menschen werden durch die Erfinderidee dieses einzigen Menschen erhalten. Dieser Mensch aber ißt kaum mehr als ein anderer, die Produktionskosten seiner Arbeitszeit sind kaum mehr, als die von Millionen und Abermillionen anderer einzelnen. Ist das kein sieghaftes Beispiel für die Ehre des Mehrwertes?

Wir dürfen aber nicht glauben, daß dieser Mehrwert rein durch die seltene Arbeit des Genies sich ergibt. Gäbe es keine Gesellschaft, dann hätte ja das Genie nicht lernen, sich nicht entwickeln, nicht zur Geltung kommen können. Daher beansprucht auch die organisierende und schaffende, führende und schöpferische Intelligenz nicht das ganze Ergebnis ihrer seltenen Arbeit für sich, sondern überläßt einen Teil davon der Gesellschaft, allen Mitgliedern der Gesellschaft. So ist es zweifellos, daß die Intelligenz, die Organisation, das Denken Mehrwerte schaffen, nicht nur zum eigenen Wohle, sondern auch zu dem ihrer Mitmenschen.

Drittes Beispiel:

Zwei Grundstücke von gleicher Größe und Qualität liegen hundert Kilometer voneinander entfernt. Neben das eine wird eine Bahn gebaut, neben das andere keine. Hierdurch ist der Wert des einen Grundstückes um so viel gestiegen, als die Hinschaffung der Produkte des anderen Grundstückes zur Bahn jährlich Kosten erfordert. Die Bebauung des ersten Grundstückes kostet auch von nun an ebensoviel, wie die des anderen, der Wert seiner Produktion aber ist doppelt so groß, wie der des zweiten Grundstückes. Es hat mehr Wert. Ist das eine verbrecherische, schädliche Erscheinung? Nein. Ungerecht wäre nur, wenn den entsprechenden Mehrwert des ersten Grundstückes nicht der erhielte, der ihn geschaffen hat: die Gesellschaft, die die Einrichtung der Bahn ermöglicht.

Es ist klar, daß der Fehler nicht am Mehrwerte liegt, sondern an der ungerechten Einkommensverteilung.

Marx hat vollständig recht: Jener Mehrwert, den er verurteilt, ist tatsächlich schuldig, denn er ist ja gar kein wirklicher Mehrwert, sondern er erweckt nur den Anschein, als sei er es. Wenn ich die täglich zehnstündige Arbeitszeit des Arbeiters kaufe, ihm aber nur sechs Stunden Arbeit bezahle, dann beute ich ihn aus. Desgleichen, wenn ich das Produkt der dem Arbeiter abgekauften zehn Arbeitsstunden als das Produkt von vierzehn Arbeitsstunden verkaufe: Da lege ich den Konsumenten hinein. Ich verschaffe mir unrechtmäßigen Profit, ich sammle Pseudomehrwerte, die das Gemeinvermögen ebensowenig vermehren, wie wenn die Menschen einander das Geld im Kartenspiel abgewinnen.

Es ist ersichtlich, daß auch die Theorie des Mehrwertes kein Dogma von der Kraft einer göttlichen Offenbarung ist. Alles geht in Ordnung, wenn wir bei unserem Prinzip verharren, daß jedermann das Ergebnis seiner eigenen Wirtschaft erhalte. Die Natur und die Gesellschaft das ihrige für die Gesamtheit der Menschen nach Abzug der Erhaltungskosten der Gesellschaft, und auch die Menschen individuell das Ergebnis ihrer eigenen individuellen Arbeit.

Daß die Kapitalanhäufung an sich ebenfalls kein Teufel ist, brauche ich wohl auch nicht zu beweisen. Höchstens mag ein Übel darin liegen, daß die Kapitalanhäufung aus Pseudomehrwerten gewonnen, als Privateigentum zur Erwerbung weiterer Pseudomehrwerte verwendbar ist. An und für sich aber ist die Kapitalhäufung Notwendigkeit und Bedingung der haushälterischen Wirtschaftsweise.

Daß auch der Klassenkampf bloß ein Mittel ist, das augenblicklich aufhören muß, sobald er sieghaft ist, dafür finden wir die Beweise in dem kommunistischen Manifest

von Marx und Engels. Heißt es da nicht, daß, wenn sich das Proletariat in seinem Kampfe gegen die bürgerliche Klasse notwendigerweise zu einer Klasse vereinigt, es durch die Revolution zu einer herrschenden Klasse wird und als herrschende Klasse die alten Produktionsverhältnisse gewaltsam sistiert? Daß es zugleich mit den Produktionsverhältnissen auch die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, überhaupt die Klassen und hierdurch auch den Klassencharakter seiner eigenen Herrschaft beseitigt? Und weiter heißt es, an die Stelle der alten, in Klassen und Klassengegensätze gegliederten bürgerlichen Gesellschaft trete ein Bund, in dem die freie Entwicklung jedes einzelnen eine Bedingung der freien Entwicklung der Gesamtheit ist.

Auch auf Lassalle können wir uns berufen, der im Arbeiterprogramm sagt, die Herrschaft der vierten Klasse hege gegenüber den früheren Klassenherrschaften den ungeheuren Unterschied in sich, daß dieser Stand der letzte, unterste, verstoßenste Stand der Gesellschaft sei, der zur Ausschließung weder rechtliche noch faktische Bedingungen, weder Adel noch Grundbesitz noch Kapital zu errichten vermag oder will, um hieraus neue Privilegien abzuleiten und neue privilegierte Institutionen zu schaffen. Alle sind wir Arbeiter, wenn der Wille in uns besteht, für die Gesellschaft irgendeine nützliche Tätigkeit zu entfalten. Das ist der vierte Stand, in dessen Schoß der Keim von keinerlei neuen Privilegien ruht und der mit der ganzen Menschheit identisch ist. Seine Sache ist daher wirklich Sache der ganzen Menschheit, seine Befreiung die Befreiung der ganzen Menschheit, seine Freiheit unser aller Freiheit.

Wer also, sagt Lassalle, in dem ausgeführten Sinne die Idee der Arbeiterklasse als die der herrschenden Klasse ins Leben einführt, verkündet kein Wort, das die gesellschaft-

lichen Klassen scheiden und gegeneinander hetzen würde, im Gegenteil, er verkündet das die ganze Menschheit umfassende Wort der Versöhnung, das die gesellschaftlichen Gegensätze ausgleicht, er verkündet das Wort der Vereinigung, das sich jeder zu eigen machen kann, der nicht will, daß privilegierte Klassen das Volk unterdrücken und in Knechtschaft halten; er verkündet das Wort der Liebe, das, einmal dem Herzen des Volkes entsprossen, allezeit der wirkliche Wunsch des Volkes sein wird und, vermöge seines Inhaltes, selbst dann das Wort der Liebe bleibt, wenn es einst als Schlachtruf des Volkes erschallt.

Wir haben die Ideen des Privateigentums, des Mehrwertes, der Kapitalshäufung und des Klassenkampfes durchgenommen und uns dabei überzeugen können, daß sie nur Mittel zum Zweck sind; in diesem Sinne müssen wir uns ihrer auch bedienen, sie im Interesse des Zweckes verwenden oder verwerten. Der Zweck ist das größtmögliche Glück für jedermann, der größtmögliche Wohlstand für alle Welt, die größtmögliche Freiheit bei möglichst geringster Schmälerung der Gleichheit und die größtmögliche Gleichheit mit möglichst geringster Schmälerung der Freiheit.

Daß das kriegerische Stichwort der Proletarierdiktatur auch nur ein Mittel ist, besagt ein Funkentelegramm Lenins von Ende Dezember 1918, in dem er der Entente, von der er Frieden verlangt, diesen auch anbietet.

„Die Diktatur der Arbeiter und Ackerbauer an sich ist kein Zweck, sondern bloß ein Mittel zum Aufbau jener neuen gesellschaftlichen Ordnung, in der jeder Bürger, welcher Klasse immer er auch früher angehört haben mag, falls er nützliche Arbeit leistet, gleiche Rechte erreichen wird."

Recht und Gesundheit: öffentliche Angelegenheiten

Heute fahndet der Staat durch seinen öffentlichen Ankläger von Amts wegen nach der Schuld der Menschen und sorgt nicht dafür, daß gleichzeitig die Nicht-Schuld der Menschen von Amts wegen geschützt werde. Wo es einen öffentlichen Ankläger gibt, dort soll es auch einen öffentlichen Verteidiger geben. Beider wird man weniger bedürfen, wenn gemeinsames Vertrauen Grundsatz der sozialen Ehre sein wird, die sachlichen Gründe zur Unstimmigkeit im Privatrecht aber dort kleiner werden, wo das Privateigentum teils zum öffentlichen Eigentum, teils zum individuellen Eigentum wird.

Jedenfalls ist es eine öffentliche Angelegenheit, daß aus allgemeinem Interesse, also von amtswegen, jedem unbehindert sein Recht werde. Zu diesem Zwecke muß die ganze Justizpflege verstaatlicht und unentgeltlich gemacht werden.

Das gleiche bezieht sich auf die Gesundheit. Auch diese ist öffentliche soziale Angelegenheit. Ein Mensch darf nicht getötet werden, doch läßt die Gesellschaft die Menschen verkommen oder dahinsiechen an Krankheiten, die der Staat ganz sicher zu beseitigen vermag. Hierher gehören die durch Bazillen verursachten schwersten menschlichen Krankheiten. Heute kann die ärztliche Wissenschaft allein Lungentuberkulose noch nicht heilen. Staatliche Fürsorge könnte jedoch den Menschen gute Luft, gesunde Ernährung, ordentliche Lebensweise sichern, so daß der Tuberkelbazillus ihnen nichts anhaben kann. Allmählich schwände dieser Bazillus aus dem menschlichen Körper.

Die Syphilis ist keine Sünde, ihre Verheimlichung aber ist als schweres Verbrechen zu qualifizieren, denn das Leiden

ist unbedingt heilbar. Wer sich rechtzeitig behandeln läßt, bei dem hört das Übel spurlos auf und auch seine Kinder sind frei davon. Mit eiserner Hand muß der Staat die Krankheitserreger der Lues erwürgen.

Bei der kommunistischen Produktionsmethode hört die Prostitution auf. Können ja Mann und Weib, sobald sie die geschlechtliche Reife erreicht haben, heiraten, so daß der Bazillus der Blutkrankheit, die Spirochaeta pallida, aus den Venen der Menschheit verschwinden wird.

Das Strafrecht des Kommunismus

Die Unsittlichkeit ist eine Sünde.

Tugend ist das meiste Glück auf Kosten des geringsten Leidens. Man kann also eine Sünde begehen, wenn man

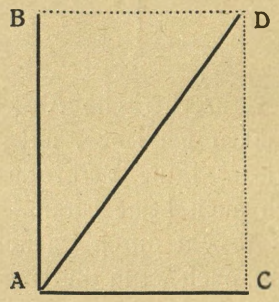
1. sich und den anderen weniger Glück verschafft als möglich wäre. Das ist die Sünde gegen die Gesellschaft: Man kommt seinen Pflichten nicht nach; und
2. wenn man sich auf Kosten von mehr Leiden anderer mehr Glück verschafft; das ist die Sünde gegen Privatpersonen. Man verletzt Privatrechte.

Die Sünde entsteht aus Unwissenheit, aus gesellschaftlichen Einrichtungen und aus geistigen Leiden. Aus Unwissenheit, wenn die Erziehung mangelhaft oder falsch ist. Daher ist die Erziehung des Menschen eine soziale Aufgabe. Aus gesellschaftlichen Einrichtungen entstehen Sünden z. B., wo die Menschen ohne eigene Schuld sich im Elend befinden: auch dem kann rationell abgeholfen werden. Schließlich müssen Geisteskranke geheilt werden, und wem nicht mehr zu helfen ist, der muß aus der Gesellschaft entfernt werden, für die er gemeingefährlich ist.

Unwissenheit darf nicht bestraft werden; sie muß durch Aufklärung behoben werden. Für die Fehler der Gesellschaft darf das Individuum nicht bestraft werden. Geisteskranke dürfen nicht bestraft, sondern nur geheilt oder ausgeschaltet werden.

Bestraft darf nur werden, wer sich den gesellschaftlichen Einrichtungen nicht fügen, wer sich nicht heilen lassen und wer nicht lernen will.

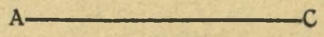
Das Maß der Strafe entspricht der Größe des Verbrechens. Diese Größe hängt von zwei Faktoren ab: von der Absicht und von dem Akte des Vergehens. Ein Kräfteparallelogramm zeigt dies am besten:



Bei diesem Kräfteparallelogramm ist AB der eine Faktor, die verbrecherische Absicht, AC der andere Faktor, das Verbrechensfaktum und so AD die Resultante: das in Betracht zu ziehende Verbrechen.

Das ist das Kräfteparallelogramm des Verbrechens.

Bei folgendem symbolischen Verbrechens-Kräfteparallelogramm



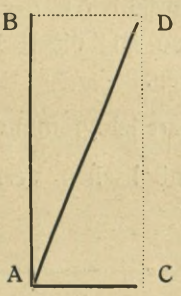
gibt es keine verbrecherische Absicht, nur eine Verbrechenshandlung: Wenn ich zum Beispiel ohne jede sträfliche Absicht, nicht einmal Unachtsamkeit liegt vor, aus purem Zufall einen Menschen getötet habe; so gibt es hier keine Verbrechens-Resultante, kein AD, kein Verbrechen, folglich auch keine Strafe.

Bei folgender Formel eines Verbrechens-Kräfteparallelogramms

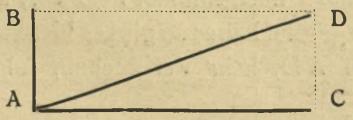


besteht wohl eine verbrecherische Absicht, ich bin jedoch nur bei dem Gedanken geblieben, unternommen habe ich nichts. Es gibt wieder keine Verbrechens-Resultante, kein Verbrechen, folglich auch keine Strafe.

Hat sich meine Absicht durch irgendeine Handlung geoffenbart, dann kann, auch wenn die Handlung kein Resultat hatte, die beabsichtigte Handlung allein die Gesellschaft stören, und so besteht dennoch, wenn auch nur als kleine Linie, ein Resultat.



A C gibt es also, folglich auch ein Verbrechen. Dies ist das versuchte Verbrechen. Z. B. der Mordversuch, der mißlungen ist.



Hier ist A B, die verbrecherische Absicht, gering. Ich wollte zum Beispiel jemand nur aus dem Wege stoßen, was eventuell gar kein Verbrechen ist. Der Gestoßene aber ist zufällig so gefallen, daß er an den Folgen starb und dementsprechend das Resultat, A C, unvergleichlich größer: hier gibt es bereits eine Verbrechens-Resultante, A D, die aber kleiner ist, als da, wo A B, das Vorhaben, ebenso groß gewesen wäre, wie A C, das Ergebnis. In diesem Falle besteht ebenfalls ein Verbrechen, aber kein vollständiges.

An diesen Beispielen zeige ich, daß wir mit Hilfe des Verständnisses des Kausalitätsgesetzes (zwei Faktoren eine Resultante) die Sühne des Verbrechens ideell so genau abzumessen vermögen, als bedienten wir uns einer Elle.

Die Qualität der Strafe darf nicht im Gegensatze stehen zu dem moralischen und ökonomischen Ideal. Es kann also auch keine Strafe geben, sondern nur Korrektion oder Besserung. Denn die Entziehung des Menschen von der wirtschaftlichen Arbeit darf nicht vorkommen.

Die Todesstrafe ist nicht am Platze in einer Gesellschaft, die nicht straft, sondern nur bessert. Ist der Verbrecher unverbesserlich, wie etwa der Wahnsinnige, so ist ein Abschließen von der Welt angebracht, damit der unheilbare Wahnsinnige seinen Mitmenschen nicht weiter schaden kann.

Die Qualität der Strafe kann zweierlei sein:

1. Während der Strafdauer wird der Schuldige auf das Existenzminimum gesetzt, erhält also das Ergebnis seiner Wirtschaft nicht und
2. er wird zur Verrichtung der unangenehmeren Arbeiten angehalten.

In der neuen Ordnung wird es zweifellos unvergleichlich weniger Straffälle geben, denn Armut und Unbildung werden

aus dem Wörterbuche der Menschheit verschwinden. Auch die Habsucht wird seltener werden. Dagegen wird sich das Gefühl der Solidarität, das Gefühl menschlicher Interessengemeinschaft entwickeln und im Beisammenleben das Vertrauen, die Fides zur gesellschaftlichen Ehre stempeln.

Die Rolle der Intelligenz

Wer ist ein intelligenter Mensch? Intelligente Klassen werden in der Regel die genannt, die gewisse Schulen besucht haben. Und doch gibt die Schule nicht nur nicht Verstand, sondern sehr oft nicht einmal wirkliches menschliches Wissen, worunter ich Wissen verstehe, das den wissenschaftlichen Menschen befähigt, sich selber, seine Mitmenschen, die Natur und Gesellschaft, in der er lebt, zu erkennen. Mehr Sinn hat die Auffassung, die als den intelligenten Menschen den gelernten Menschen bezeichnet; aber auch hier ist der Verstand nicht gewertet. Für einen intelligenten Menschen können wir richtigerweise den halten, der das Wesen der Erscheinungen zu begreifen vermag. Wohlunterrichtetsein fördert dies, in erster Reihe aber bedarf es des Verstandes. Den Verstand kann Geschultheit und Praxis besser wecken. Auch der ungeschulte Arbeiter vermag in seinem Kreise intelligent zu sein, wenn er dessen Wesen wohl erfaßt. Aber der Mensch muß allgemeine Intelligenz erwerben, um ein ganzer Mann sein zu können.

Der Kommunismus löst in jedem Menschen die größtmögliche Intelligenz aus, die von diesem Menschen zu erwarten ist, denn jedermann wird unter gleichen Bedingungen — unter Zusicherung eines Existenzminimums und bei gesellschaftlicher Fürsorge — erzogen. Bis dies verallgemeinert ist, bedarf es der geschulten Intelligenz. Zum besseren Fortkommen, zur haushälterischeren Existenz aller Menschen muß die durch die Menschheit bisher erworbene Intelligenz benutzt werden. Der intelligente Mensch erleichtert und fördert durch seine Arbeit die Arbeit anderer, wodurch er nicht nur für sich, sondern auch für die Gesellschaft, für die übrigen

Menschen Werte produziert. Der intelligente Mensch produziert für die Gesellschaft einen Mehrwert, den man nicht kurzerhand einstellen darf, indem man die Arbeit der intelligenten Menschen beim Kommunismus nicht in Anspruch nimmt. Die durch die menschliche Intelligenz produzierten Mehrwerte könnten nicht herauskommen, könnten nicht zur Geltung kommen ohne das Bestehen der Gesellschaft, daher gebühren diese Mehrwerte nicht lediglich den intelligenten Menschen, sondern sind Eigentum der gesamten Gesellschaft. Der Kommunismus aber würde die Mehrwertproduktion der Intelligenz erschweren und verringern, wenn er sie nicht zu würdigen wüßte und der Intelligenz nicht das Arbeitsfeld zuwiese, das notwendig ist, um den Mehrwert zu produzieren.

Daher muß sich die Arbeiterschaft mit der Intelligenz verbinden, Kopf- und Handarbeiter müssen gemeinsam wirken. Es darf zwischen ihnen kein Unterschied bestehen. Wesentlich ist: Wer eine sozial notwendige Wirtschaft versieht, ist gleichberechtigtes Mitglied der kommunistischen Gesellschaft. Dies ist kein Abfinden mit der Bourgeoise, denn im Kommunismus wird es überhaupt keinen Bourgeois geben. Nicht physisch werden sie ausgerottet, sondern wirtschaftlich. Einesteils ist jedermann verpflichtet zu arbeiten, denn ohne Arbeit vermag er überhaupt nicht zu leben, andernteils kann niemand ausgebeutet werden, da der Staat, indem er die Verteilung des Produktionsergebnisses, die Verteilung des Erträgnisses selber vornimmt, jedem die Möglichkeit nimmt, sich Lohnarbeiter zu halten.

Die Intelligenz vermag Führerin der mit ihr zusammen arbeitenden Mengen zu sein, aber nicht ihre Ausbeuterin. Hingegen können auch die Massen der Intelligenz weder als Lohnarbeiter noch als eine von der Menge separierte oder

ihr durch rohe Gewalt untergeordnete Klasse angesehen werden. Der Kommunismus kann seine sittlichen und wirtschaftlichen Ziele nur dann erreichen, das kapitalistische Ausbeutersystem definitiv nur dann aufheben, wenn sich im Kommunismus die bisherigen Intelligenz- und Handarbeiter zum Zwecke der sozial notwendigen Arbeitsteilung vereinen.

Prinzipien der Lösung

Wir haben folgendes festgestellt:

1. Das Ziel des Kommunismus ist, aller Welt im allgemeinen das möglich größte Glück um den Preis des möglich geringsten Leidens zu sichern.

2. Eine vollkommene Freiheit können wir uns nur in der Anarchie, eine vollkommene Gleichheit nur mit Unterdrückung der Freiheit vorstellen. Daher legt der Kommunismus Freiheit und Gleichheit so aus, daß er für jeden Menschen die zu dessen freier Existenz und Entwicklung notwendigen gleichen sozialen Bedingungen fordert. Freiheit und Gleichheit beschränken einander und setzen einander gegenseitig voraus.

3. Auch der Kommunismus legt die soziale Gemeinwirtschaft so aus, daß wir hierdurch unsere meisten Bedürfnisse aufs bestmögliche und wohlfeilste befriedigen können.

4. Jeder habe an dem Ergebnis der sozialen Produktion insoweit Anteil, als er zu der Produktion beigetragen hat. In diesem Zusammenhang ist das Eigentum berechtigt. Dies nennt man individuelles Eigentum gegenüber dem bisherigen unreinlichen Begriff des Privateigentums.

5. Die durch die Natur und die Gesellschaft gebotenen Werte sind gemeinsames Eigentum aller Menschen.

6. Das Eigentum ist also insofern nicht berechtigt, wenn einzelne, sei es von den durch die Natur und die Gesellschaft gebotenen Werten, sei es von den durch Mitmenschen hervorgebrachten Werten, etliches sich aneignen.

7. Die durch die Natur jedem geborenen Menschen gleicherweise gebotenen wirtschaftlichen Nützlichkeiten und Werte verleihen jedermann ein Existenzminimum; die an der

Produktion teilnehmenden Menschen beanspruchen außer dem Existenzminimum das Ergebnis ihrer eigenen Wirtschaft.

8. Das Existenzminimum gebührt dem Kinde bis zur Beendigung seiner Erziehung, so daß jedes Kind vollendete Ausbildung genießt. Das Existenzminimum gebührt auch dem Kranken und, als Pension, auch dem Greise. Existenzminimum erhält nicht, wer nicht durch seine Wirtschaft dazu beiträgt, daß das Material der Natur zu Werten umgewandelt werde: „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen."

9. Die Gesellschaft erzeugt vielerlei Mehrwerte und knüpft sie an das Ergebnis der Wirtschaft des einzelnen. Bisher wurde dieser gesellschaftliche Mehrwert zu einem großen Teil von einzelnen Privateigentümern beansprucht, an deren Privateigentum sich der Mehrwert knüpfte. So, zum Beispiel, wenn neben einer Stadt eine Eisenbahn gebaut wird, bleibt der erhöhte Hauswert, zu dem das Individuum nichts beigetragen hat, dennoch Besitz des Individuums. Ein solcher gesellschaftlicher Mehrwert ist auch die Bodenrente. Der soziale Mehrwert ist für die Menschen vorteilhaft. Eben darum leben wir im sozialen Zustande und nicht einzeln abgesondert. Jeder soziale Mehrwert ist aber Gemeingut.

10. Die Privateigentümer haben sich auf Kosten der Arbeiter auch derart Mehrwert verschafft, daß sie diesen Arbeitern die volle Arbeitszeit in Form des Arbeitslohnes nicht vollständig bezahlen; in erhöhtem Maße haben sie sich Mehrwerte auf Kosten der Konsumenten dadurch verschafft, daß sie den Konsumenten ihre Produkte teurer verkauften, als diese Produktion sie zu stehen kam. Derlei Mehrwert kommt nicht wie der soziale Mehrwert zustande, der tatsächlich die Produktion eines neuen Wertes bedeutet, sondern dieser Pseudomehrwert spielt nur die Produkte des einen Menschen dem andern in die Hände. Der Pseudomehrwert

ist also auszumerzen und kann daher weder Gemeingut noch individuelles Eigentum sein.

11. Im Kommunismus gibt es keinen Arbeiter und keinen Arbeitgeber; jeder wirtschaftet gleicherweise.

12. Die Wirtschaft hat dreierlei Arten: die Wirtschaft im Wege der durchschnittlichen Arbeit, worunter jede Kopf- oder Handarbeit zu verstehen ist, die in benötigtem Maße beschaffbar oder erlernbar ist; ferner die Wirtschaft im Wege der seltenen Arbeit, worunter eine Kopf- oder Handarbeit zu verstehen ist, die das besondere Talent einzelner Menschen ist, hierher gehört besonders das Talent der Arbeitsorganisatoren; und schließlich kann man auch wirtschaften, indem man im Gemeingut oder im Erwerb durch individuelle Arbeit Sparsamkeit und Umsicht walten läßt. Da alle drei Arten der Wirtschaft Werte produzieren, haben sie ein Recht auf das Ergebnis ihrer eigenen Wertproduktion.

13. Der Pseudomehrwert entsteht dadurch, daß einzelne die Produktion der Natur, der Gesellschaft und ihrer Mitmenschen in ihr Privateigentum übernahmen und so ihr Privateigentum als Produktionsmittel anwendeten, unter diesem Rechtstitel stets neue und neue Mehrwerte für sich beanspruchten und sich verschafften. Hieraus folgt, daß die Produktionsmittel entweder nicht mehr Gegenstände des Privateigentums sein dürfen, oder aber man sich unbedingte Gewähr dafür verschaffen muß, daß sie nicht als Mittel zur Mehrwerterzeugung dienen. Darum tritt an Stelle des Privateigentums das individuelle Eigentum.

a) Da jeder Wirtschaftende außer seinem Existenzminimum auch an dem Ergebnis seiner Produktion Anteil hat, bildet sein Anteil naturgemäß sein individuelles Eigentum. Er kann es physisch konsumieren, oder durch es seine seelischen Bedürfnisse befriedigen, oder aber es sparen. Es hieße den

Spartrieb im Menschen verringern, wenn die ersparten Werte nicht zur freien Verfügung des Individuums blieben.

b) Von der derzeitigen Produktionsordnung zum Kommunismus bedarf es einer Übergangszeit aus folgenden zwei Gründen: Der Kommunismus will aus den derzeitigen kapitalistischen Unternehmern nicht ebenfalls Proletarier machen, sondern will die derzeitigen Proletarier möglichst in die höchste Wirtschaftsstufe hineinorganisieren. Das ist der Standpunkt der Humanität, denn der Kommunismus ist eine humanitäre Bewegung. Der Kommunismus will den derzeitigen kapitalistischen Unternehmern die Möglichkeit geben, durch ihre Unternehmung fortan dem gemeinsamen Interesse zu dienen und auf Grund ihrer Erfahrungen und ihrer Fachbildung ihre Betriebe weiterzuführen, aber ohne Mehrwertenteignung. Nach ein oder zwei Generationen hört diese Notwendigkeit auf, denn während dieser Zeit werden die Proletarier selber genug Erfahrung gesammelt haben, um die Organisatoren und Führer der Betriebe zu sein. Die Menge ihrer Kinder aber wird durch die Gesellschaft vollständig erzogen und ausgebildet werden. Das ist der Standpunkt der Wirtschaftlichkeit, denn der Kommunismus ist eine wirtschaftliche Bewegung. Sorgsam zu erwägen sind jedoch die einzelnen Fälle und welche Grenzlinie die Humanität und die Wirtschaftlichkeit stecken. Diese Grenzlinie kann sich höchstens über die zweite Generation hinaus erstrecken. Ein, zwei Generationen von Kindern der gegenwärtigen kapitalistischen Unternehmer aber werden vollständig umlernen können und sich den ebenfalls umlernenden Generationen von Proletarierkindern vollständig anzupassen vermögen. Entscheidend ist die Gewähr, daß alle Macht tatsächlich in die Hände des Kommunismus gerät. Und ich betone von neuem, daß es für die Mehrwertaneignung keine Schonzeit gibt; sie muß sofort aufhören.

14. Es muß ein allgemeiner Produktionskataster aufgelegt werden, in dem jeder Produktionsakt verzeichnet und das Ergebnis der Produktion auf Grund dieses Katasters verteilt wird. Dieses Katasteramt weist das Existenzminimum an, den Lohn der dreierlei wirtschaftlichen Arbeit und dem Staate die Steuern, deren er bedarf. Auf diese Art verschafft sich der Staat entscheidenden Einfluß, einerseits auf eine gerechte soziale Einkommenverteilung, andererseits auf die natürliche Preisgestaltung der Produkte. So verhindert der Staat, daß in die Einkommenverteilung Mehrwerte, sei es auf Kosten der Produzenten, sei es auf Kosten der Konsumenten, hineingelangen.

15. Indem das Existenzminimum zum sozialen Gesetz und der soziale Mehrwert als Gemeinwert erklärt werden, wird die Deckung der Kosten einer menschlichen Einrichtung der Gesellschaft ermöglicht.

a) Jedes Kind erhält bis zum 18. Lebensjahre Schul- und praktische Ausbildung. Die Schulen sind derart zu reformieren, daß die Kinder das reale Leben kennen lernen, daß sie lernen, sich an seelischen Schönheiten zu erfreuen und daß sie für irgendeinen praktischen Wirtschaftszweig ausgebildet werden. Bei den Frauen zählt die Kindererziehung und die Führung des Haushaltes ebenfalls zu den praktischen Zweigen. Somit ist mit 18 Jahren bereits jeder praktisch fertig, und Männer sowohl wie Mädchen können heiraten. Hierdurch können Prostitution und die mit ihr verbundenen Geschlechtskrankheiten abgeschafft werden; ja, es ist eine Erziehung möglich und notwendig, die Knaben und Mädchen bis zur Eheschließung in freiwilliger Jungfräulichkeit zu erhalten vermag.

b) Gegen die krankheitserregenden Bazillen vermag sich die Wissenschaft stets mehr und mehr zu verteidigen. Die

Lungentuberkulose und die Syphilis sind aus dem Menschheitskörper auf entsprechende Kosten der Gesellschaft ganz sicher ausmerzbar. Die Gesundheit des Menschen ist eine öffentliche Angelegenheit. Daher ist ein Vorbeugen und die Ausheilung der Krankheiten nicht nur unentgeltlich, sondern bis zur möglichst vollendeten Organisation durchzuführen.

c) Da die Gerechtigkeit eine öffentliche Angelegenheit ist, muß auch die Rechtspflege vollständig unentgeltlich sein. Die privatrechtlichen und Strafrechtsprozesse versiegen übrigens ohnehin, es bleiben nur Prozesse in öffentlichen Angelegenheiten übrig, deren Erledigung in allen Teilen völlig unentgeltlich ist. Die Institution des öffentlichen Anklägers und des Advokaten sind menschliche Scheußlichkeiten. Die Parteien bedürfen des Ratschlägers, die Richter des Helfers, all dies aber ist staatliche Aufgabe.

d) Kulturelle Einrichtungen, geistiger Genuß und Freuden des Gemüts sind öffentliche Angelegenheiten, die alle Kosten wert sind, da es der leitende Gedanke des Staates ist, die Menschen im Optimismus zu erziehen, sie an ihn zu gewöhnen und darin festzuhalten. Jener Mensch kann nicht glücklich sein, dessen Gemütsrichtung nicht der Optimismus ist, der nicht fähig ist, in allem das Gute, das Günstige, das Hoffnungsvolle zu erblicken, zu erfassen und sich daran zu erfreuen. Der kommunistische Staat sucht aber gerade das meiste Glück für die Menschen.

16. Der Kommunismus kennt keine Todesstrafe, denn der Staat darf von seinen Mitgliedern nicht mehr verlangen, als er ihnen gewährt. Das meiste, was der Staat gewähren kann, ist die Sicherheit des Lebens, aber wo ist die Sicherheit des Lebens in einem Staate, in dem es die Todesstrafe gibt? Auch keine systematische Haft, und hierdurch Auflösung der Familie, gibt es. Die Strafe bei arbeitenden Verbrechern ist,

daß sie auf das Existenzminimum gesetzt werden und bei Nichtarbeitenden, daß ihnen selbst das Existenzminimum genommen wird. Das individuelle Verbrechen hat drei Quellen: Unwissenheit, Elend und Geisteskrankheit. Diese aber bedürfen weniger der Strafe, als vielmehr der Ausheilung.

Die Konstituierung

Wir wollen uns vorstellen, daß sich die ganze Gesellschaft friedlich und freundschaftlich einigt und festsetzt, daß das neue System, beispielsweise am 1. Januar 1920 ins Leben tritt.

Vor allen Dingen errichtet der Staat den Landes-Produktionskataster. Dieser tritt an Stelle der Finanzdirektionen und der Steuerämter. In diesem Sinne werden die Beamten eingeschult. Mit Hilfe wissenschaftlicher und praktischer Systeme wird festgestellt, was unter den heutigen Produktionsverhältnissen der Produktionswert, in Geld ausgedrückt der entsprechende Arbeitslohn der verschiedenen Arbeitsarten ist. Dies ist natürlich keine ständige Ziffernreihe, bezieht sich nur auf diese Periode und ändert sich zugleich mit der Änderung der Verhältnisse. Es wird auch ein sehr geringer Zinsfuß für das im individuellen Besitze befindliche Kapital fixiert. Eigentlich ist es nur eine Einschulung zum Verständnis der Dinge, die vom 1. Januar an vor sich gehen werden.

Der Staat erteilt den Auftrag, daß vom 1. Januar 1920 an jedermann über seine ganze Wirtschaft genau Buch zu führen habe. Die fixbesoldeten Kopf- und Handarbeiter sind hierzu nicht verpflichtet, denn statt ihrer besorgen dies die Betriebe, in denen sie angestellt sind.

Im Jahre 1919 studiert der Staat die Frage sämtlicher Betriebe, um zu wissen, wie diese von 1920 an geführt werden sollen. Es wird Betriebe geben, die man vollständig in staatliche Verwaltung übernehmen muß, auch solche, die in kommunale Produktion zu übernehmen sind. Es wird Betriebe geben, die in die Verwaltung von Genossenschaften

der Kopf- und Handarbeiter übernommen werden sollen, und schließlich wird es Betriebe geben, die am haushälterischesten, vom Standpunkte der Gemeinproduktion und Gemeinversorgung am geeignetsten, derart zu verwalten sein werden, daß sie der Verwaltung der bisherigen Eigner, respektive Leiter oder auch der Verwaltung von neuen Leitern individuell übergeben werden.

In welche Verwaltung die Betriebe gegeben werden, hängt rein davon ab, welches die ökonomischeste Art ist, sie zu verwalten. Diejenige Verwaltungsmethode, bei der das meiste, beste und wohlfeilste wirtschaftliche Resultat erzielt werden kann, wird der Kommunismus wählen, denn der Kommunismus ist nicht abergläubisch, ihm ist nicht die gemeinsame Verwaltung die Hauptsache, sondern die beste Tat der Gemeinsamkeit, die der Gesamtmenschheit. Würde jemand den Kommunisten raten, Grund und Boden, Fabrik, Banken gemeinsam auch dann zu verwalten, wenn die Produktion auf diese Weise mit Mehrkosten und weniger Ergebnis verbunden wäre, als die Produktion jetzt ergäbe, dann würden die Kommunisten einen solchen Antragsteller für einen Narren halten. Heute, zur Zeit des Kapitalismus, kümmern sich die Kommunisten einen Teufel um das Prinzip der Meistproduktion, der Bestproduktion und der wohlfeilsten Produktion, denn hieraus haben nicht sie, die Arbeiter, den eigentlichen Nutzen. Sobald aber im neuen System die ökonomische Wirtschaft dem Arbeiter Nutzen bringt, werden sie sich trotz alledem nur auf Grund dieses Prinzipes organisieren, nur auf dieser Grundlage arbeiten wollen.

Darum brauchen sich aber auch die Bürger nicht zu entsetzen. Vom 1. Januar 1920 an wird der Bürger, der irgendeinen Betrieb hatte, diesen fortsetzen können, wenn er ihn bis dahin gut und haushälterisch betrieben hatte und wenn

die Hoffnung begründet ist, daß er ihn auch fürderhin ökonomisch betreiben werde. Der Fabrikant mag seine Fabrik weiterführen. Er begreife nur, daß er jetzt nicht nur für die eigene Tasche arbeitet, sondern für sich selber sowohl, wie auch für seine übrigen Mitarbeiter und die ganze Gesellschaft. Er verstehe, daß, wenn in seiner Fabrik tausend Arbeiter arbeiten, er hiervon keinen Nutzen mehr haben kann, den er den Arbeitern entzieht. Sein Nutzen wird von nun an sein, was er durch seine geistige Führung, durch seine Organisierung, durch Verwertung seiner Erfahrungen und seines Wissens sich verdienen wird. Das kann ein sehr schöner Nutzen und ein Gehalt sein, von dem er samt seiner Familie sehr hübsch, bequem und angenehm zu leben vermag. Kann er ein hohes Produktionsergebnis durch seine Leitung erreichen, so kann er ein so großes Honorar erhalten, daß er sich sogar eine Villa bauen, schöne Gemälde anschaffen, sich einen Blumengarten anlegen kann, er kann alljährlich Lustreisen machen, schöne Kleider tragen, essen und trinken nach wohlanständigem Belieben. Alldies aber nur dann, wenn nach Zuteilung des vollen Wertes des Produktionsergebnisses an die Kopf- und Handarbeiter genug übrig bleibt.

Was ändert sich also am 1. Januar 1920? Nur so viel, daß, was bisher nicht haushälterisch bewirtschaftet wurde, von nun an ökonomisch bewirtschaftet wird. Der nichtstuerischen Reichen wird die neue Ordnung selbstverständlich ebenso vergessen wie der nichtstuerischen Armen. Der Betrieb jener, die schlecht wirtschaften, wird in eine bessere Wirtschaftsform übernommen.

Die Reichen fragen mich, was denn mit ihrem Kapital geschehen solle. Darauf antworte ich: was euch beliebt, ihr müßt nur zwei Bedingungen genügen. Zunächst muß jedes zu Produktionszwecken geeignete Kapital auch tat-

sächlich zu Produktionszwecken und nicht zu unnützem Verbrauch verwendet werden, sodann darf dieses Kapital in keines Menschen Hand mehr ein Zwangsmittel gegenüber dem kapitalslosen Arbeiter sein. Der Arbeiter darf nicht verkürzt werden, er darf zu keinem Arbeitsvertrage gezwungen werden, in dessen Sinne er nicht den vollen wirtschaftlichen Wert seiner Arbeit erhält. Auf diese beiden Bedingungen wird der Landes-Produktionskataster acht haben.

Der Kommunist gibt sich mit diesem System zufrieden. Ihm liegt nichts daran, daß auch Kapital in der Wirtschaft figuriert, weiß er doch, daß man in der Wirtschaft Kapital notwendig hat. Auch beanstandet er nicht, daß es individuelles Eigentum gibt, denn er erkennt ja den heutigen Lohn des Arbeiters und im neuen System den Ertrag seiner Wirtschaft als rechtmäßiges individuelles Eigentum des Arbeiters an. Nur dagegen erhebt der Kommunist Einwand, daß das im Privatbesitze befindliche Kapital den Arbeiter verkürze.

Der Kommunist verfolgt das Kapital nicht beim Kapitalsammler, beim sparsamen und sorgsamen Arbeiter; ja diesen belohnt er dadurch, daß er das Ergebnis seiner Sorgsamkeit und Sparsamkeit noch außer seinem Existenzminimum und seinem Arbeitslohn herausbekommt und es genießen kann, sei es zu Konsum-, sei es zu Luxuszwecken oder zur Weiterproduktion. Nur Produktions-Lohnarbeiter dürfen nicht gehalten werden, denn von nun an bezahlt ja nicht der Unternehmer den Arbeiter, sondern das Produktionskatasteramt; der Leiter schießt nur vor, damit der Arbeiter leben kann.

Der Kommunist verfolgt auch den Kopfarbeiter nicht, denn er weiß ja, daß es auch solche Arbeiter geben muß. Er weiß sehr wohl, daß tausend Arbeiter ohne Arbeit dastehen können, bis ein Ingenieur kommt und etwas Be-

sonderes erfindet, so daß diese tausend Menschen als Folge davon produktive Arbeit verrichten können. Es ist nur natürlich, daß dieser gescheite Mensch, der imstande war, für tausend Menschen zu denken, ebenfalls seinen angemessenen schönen Anteil an dem Ergebnisse der Produktion habe.

Am 1. Januar 1920 also beginnen sämtliche Betriebe aufs haushälterischste zu arbeiten. Im Laufe des Jahres erhält jedes an der Wirtschaft beteiligte Individuum Vorschüsse zum Leben und am 31. Dezember 1920 werden die Rechnungen abgeschlossen und dem Produktionskatasteramte übergeben. Hier werden die Ergebnisse der Produktion folgendermaßen rubriziert:

1. Jedem Anteilhaber das Existenzminimum;
2. jedem Kopf- und Handarbeiter den festgesetzten Arbeitslohn;
3. Rückerstattung, Ersatz und die zu Produktionszwecken notwendige Vermehrung des verwendeten und benützten Kapitals;
4. eine geringprozentige Verzinsung des zum Betriebe verwendeten Kapitals;
5. Entlohnung des Unternehmers;
6. die Steuern des Staates, die aus den durch die Natur und die Gesellschaft hergestellten und beigestellten Wertteilen bestehen.

Hierüber freue sich der Kapitalist nicht und der Kommunist sei nicht betroffen, weil es den Anschein hat, als bliebe alles beim alten. Auch hier spielt ja das Kapital, die Arbeit und die Beteiligung der Unternehmung dieselbe Rolle, wie in der bisherigen kapitalistischen Gesellschaft. Nun ja; nur bestehen zwei Unterschiede. Der eine ist: Wieviel erhält der Arbeiter von nun an? Erhält er das volle Ergebnis seiner

Wirtschaft oder bloß einen Teil davon, wie es bisher geschehen ist? Der andere Unterschied ist: Wer immer und unter welchem Titel immer Bezüge erhält, er kann diese zur Anstellung von Lohnarbeitern, also zur Arbeiterausbeutung nicht verwenden. Wir belassen den Unternehmer und Organisator, den Kopfarbeiter, den Kapitalsammler, wir entlohnen sie auch in dem Maße, in dem sie zu dem Ergebnisse der Produktion beigetragen haben, aber wir dulden nicht, daß auch nur einer von ihnen sich noch mehr Werte aneignet.

Das Wesen des Gemeinabkommens ist ja eben, daß wir die Mehrwertenteignung aufheben.

Hat irgend ein Betrieb nicht mehr sozialen Wert eingebracht, als er gekostet hat und besteht keine Hoffnung, daß sich seine Lage verbessere, dann wird der Betrieb eingestellt. Es ist also im Interesse der Anteilnehmer, eine sozial notwendige Wirtschaft zu betreiben. Aber die Wirtschafter auch eines verlustbringenden Betriebes erhalten das Existenzminimum, wenn sie den Weisungen des Katasters Genüge leisten.

Mit der Zeit erhält das Kind jedes Proletariers von heute gerade so vollständige Schulbildung, wie bisher das Kind der Allerreichsten. Vom 1. Januar 1920 an erzieht der Staat aus seinen Steuereinkünften jedes Kind bis zum 18. Lebensjahre zu einem fertigen Meister. Mit der Zeit wird es also keine ungeschulten Menschen und keine geistigen Proletarier auf der Welt geben.

Da im Laufe der Zeit der sparsame und sorgsame Arbeiter außer seinem Existenzminimum das volle Ergebnis seiner Arbeit erhält und zum Teil beiseite legt, wird jeder zum Kapitalisten; es wird keinen kapitallosen Menschen und also keine materiellen Proletarier auf der Welt geben.

So wird es jedermann möglich, sein geistiges und mate-

rielles Proletariat loszuwerden, und prinzipiell werden alle Menschen frei und gleich sein.

Seinen eigenen rechtlichen Erwerb kann jeder nach Gutdünken verwenden, ja seinen Kindern schenken und vermachen. Wer erbt, erhält seiner Erbschaft entsprechend vom Staate kein Existenzminimum, denn dieses hatte er ja, auf Grund der Erlaubnis des Staates, schon von seinem Vater erhalten. Natürlich darf auch seine Erbschaft der nicht genießen, der an der durch den Kataster genehmigten, also sozial notwendigen Produktionsarbeit nicht teilnimmt. Aber auch die ererbten Werte dürfen nicht zur Anstellung von Lohnarbeitern verwendet werden, denn es gibt ja in der Produktion keine Lohnarbeiter mehr.

Was kann also von nun an der kapitalsammelnde Wirtschafter tun? Mit Hilfe seines gesammelten Kapitals kann er Aktien der staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Betriebe kaufen oder den in eigener Regie geführten Betrieb weiterentwickeln. Keiner dieser Betriebe wird nunmehr in dem bisherigen Sinne kapitalistisch sein, — in dem Sinne, der bisher die Arbeiterausbeutung bedeutete. Allerdings wird er auch so ein Sondereinkommen außer seinem Existenzminimum und seinem Arbeitslohne haben, was kann er aber hiermit anfangen? Er kann besser leben, Künste fördern, schöner wohnen, sich in seiner freien Zeit auf ein bequemeres und hygienischeres Leben einrichten, kurz, er kann glücklicher sein, und zwar kann sich auf diese Art der ärmste Proletarier von heute entwickeln, und niemand kann in irdischem Glücke anders leben, als durch solche Arbeit und Sparsamkeit. Das ist der Zweck des Kommunismus. Bisher konnte dies der Arbeiter-Proletarier nicht erreichen, denn sein Arbeitslohn war nicht vollständig, bisher konnten auf diese Weise glücklich nur die

leben, die sich von den Arbeitern Mehrwerte aneigneten. Indes, daß die Bäume auch so nicht in den Himmel wachsen, dafür wird schon das Steuereinhebungsrecht des Staates sorgen, welcher Staat nur zweierlei Steuerkategorien kennen wird: die Besteuerung des übergroßen Einkommens bei den Betrieben und die Luxussteuern bei den Individuen. Zu letzteren gehört die Erbschaftssteuer, die auch eine gesellschaftlich ausgleichende Rolle haben muß.

Wieviel entfällt auf jeden?

Es ist ein allgemein bekannter Einwand gegen den Kommunismus, daß, wenn die irdischen Güter unter alle Menschen gleichmäßig verteilt würden, auf die einzelnen so wenig entfiele, daß sich die Lage der Armen kaum bessern würde. Man kennt ja die Anekdote von Rothschild und dem Bettler. Rothschild will dem Bettler eine größere Banknote geben, der Bettler aber weist sie zurück und sagt: Nichts da, wir teilen. Darauf sagt Rothschild: Mein Vermögen macht fünfhundert Millionen aus, das Reich hat fünfzig Millionen Einwohner, es entfallen also pro Kopf zehn Kronen. Da, nimm deinen Teil, deine zehn Kronen, — ich wollte dir hundert geben.

Ernstlich kann die Frage so aufgeworfen werden: Ist es möglich, so viel zu produzieren, daß, im Falle eines Kommunismus, auf jeden ein akzeptables Maß von Wohlstand entfalle? Jawohl, dies ist möglich, denn:

1. kann bei der kommunistischen Produktionsmethode im Prinzip jeder die Arbeit verrichten, die er am besten versteht. Schon von Kindheit an wird jeder so erzogen, daß sich seine Fähigkeiten voll entfalten können, und als Erwachsener steht es jedem frei, bei Verwendung des Kapitals und Geltendwerdung des Unternehmens zugegen zu sein. Jeder Mensch wird mehrfach mehr wert sein als bisher. Die Menschheit wird also zu einer unvergleichlichen Mehrproduktion gelangen. Dazu aber sind die Grundbedingungen:

a) Gewinnung der Intelligenz, damit die kommunistische Produktion möglichst rationell sei;

b) der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus

darf die vorhandenen Werte nicht zerstören und die Weiterentwicklung nicht behindern;

c) auch im Kommunismus dürfen die individuellen Triebfedern der Wirtschaft nicht ausgeschaltet werden.

2. Auch die Konsumordnung ändert sich, indem die Ordnung der sozialen Massenproduktion die sein wird, daß zunächst die ersten Lebensbedarfsartikel produziert werden und gradweise erst später die minder wichtigen Waren, schließlich, wenn noch Arbeitszeit verbleibt, die Luxuswaren. Auf diese Art wird die allgemeine und sich entwickelnde Stufe des Wohlstandes gesichert.

3. Es ist wohl zu überlegen, ob jene nerventötende Hast, mit der wir unsere eigene Zeit überrasen wollen, wirklich einen Wohlstand für die Menschheit bedeutet. Ist es wirklich Glückseligkeit, so zu eilen und ständig in so viel tausend Farben zu brennen? Wäre nicht mehr Ruhe vielleicht auch mehr Glück?

Einwände

Wir müssen mit den etwaigen Einwänden rechnen. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, zu sagen: Ihr fragtet auch nicht, ob wir recht haben oder nicht, sondern habt in eurem eigenen Interesse gehandelt; darum machen wir es auch so. Nein. Wir haben recht und können es beweisen, die Einwendungen können wir widerlegen. Wir wollen uns also ein paar der landläufigsten Einwände aus der Nähe besehen.

1. Wenn das Privateigentum aufhört, dann hört diese Triebfeder der Arbeit des Menschen auf.

Die Masse der Menschen hatte auch bisher kein Privateigentum und arbeitete dennoch genug, ja am meisten gerade die, die kein Privateigentum hatten. Man kann eben sagen, daß wegen des Privateigentums Triebfeder und Ansporn zur Arbeit im Menschen erlahmen. Der Kommunismus aber hebt das Privateigentum nur bei den Produktionsmitteln auf, er verjagt nur das aus Mehrwertaneignung stammende Privateigentum aus der Welt, kurz: er schafft nur das unrechtmäßige und Unrecht hervorrufende Privateigentum ab. Was jemand mit seiner Arbeit produziert, das wird ihm nicht genommen: das kann er nach Belieben zu physischer oder seelischer Freude verwenden, oder auch beiseite legen, nur Lohnarbeiter darf er sich nicht halten. Nun hat aber der Mensch nicht das Haus notwendig, sondern die Wohnung, nicht den Grund und Boden, sondern die Nahrung, nicht die Kleiderfabrik, sondern die Kleider, nicht die Eisenbahn, sondern die Reise, nicht das Schiff, sondern die Kolonialwaren. All dies also, Wohnung, Nahrung, Kleidung, Reise, Kolonialwaren erhält

der arbeitende Mensch, auch wenn er kein Privateigentum besitzt. Es wird aber ein genügender Antrieb zur Arbeit sein, daß er dieser Dinge bedarf und sie auch haben kann, wenn er arbeitet, aber nicht haben kann, wenn er nicht arbeitet.

2. Die hervorragender begabten Menschen werden nicht danach trachten, große wirtschaftliche Organisationen und hiermit große Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, wenn sie damit kein entsprechendes Vermögen erwerben können.

Auch heute gibt es hervorragender begabte Menschen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten ohne Entlohnung befassen, sogar wegen der öffentlichen selbst ihre privaten Interessen vernachlässigen. Auch in Zukunft wird es solche geben. Jene hervorragendere Arbeit, die größere Werte poduziert, die für die Mengen der Menschen soziale Mehrwerte schafft, wird auch fürder ausgesuchte Anerkennung finden, ja, bei der Einkommenverteilung des sozialen Katasters auch höhere Entlohnung.

3. Wozu soll jemand sparen, wenn das, was er erspart, nicht ihm gehört?

Auch dies stimmt nicht. Zweierlei Arten von Sparsamkeit sind möglich. Die eine ist die Sorgfalt bei der Produktion. Ihr Resultat stellt der Kataster fest und verteilt es unter die Teilnehmer an der Produktion. Die andere Art der Sparsamkeit kann beim Verbrauche geschehen, bei dem durch den Kataster angewiesenen Einkommen kann das Individuum sparen. Auch hier gehört das Ersparte ihm, und er kann es nach Belieben verwenden, nur Lohnarbeiter darf er dafür nicht halten. Das Halten von Lohnarbeitern war aber nur so lange wertvoll, als daraus Mehrwerte gezogen werden konnten.

4. Da im Kommunismus die Macht den Mas-

sen gehört, unterliegt die geistige und sittliche Selektion und es werden Roheit, Unwissenheit zur Geltung kommen.

Im Gegenteil. Heute gehört die Macht jenen, denen das große Vermögen gehört. Heute sind nicht die Menschen von hervorragender Geistigkeit und Sittlichkeit die entscheidenden Faktoren, sondern jene, die ein größeres Vermögen haben. Wieviel Roheit, Unwissenheit und Gewalt haben die Reichen bisher zur Unterdrückung der Armen aufgewandt! Das Geld ist der Götze, der Fetisch, der heute einem Gotte gleich die Seelen der Menschen beherrscht. Hat einmal niemand ein Vermögen notwendig, da jeder arbeitende und jeder arbeitsunfähige Mensch versorgt sein wird, dann verliert der Militarismus seinen Beweggrund, dann können die Menschen durchgeistigt werden und frei von Materialismus den Pfad der sittlichen Entwicklung beschreiten. Wenn sie einst die Welt nicht durch die Brille ihrer materiellen Interessen betrachten müssen, dann werden selbstlose Freuden und Schönheitsgefühle die Seelen erfüllen können. Natürlich müssen die Massen hierzu erzogen werden; hört aber die Masse auf, Proletarier zu sein, ja tritt an Stelle des bisherigen „Genossen" der „Mitwirtschaftende", dann wird es jedermann gegeben sein, Erziehung zu erlangen.

5. Schon die milderen Schlagworte der Diktatur des Proletariats und des Klassenkampfes bedeuten Klassenherrschaft, und zwar eine furchtbare, verantwortungslose und schrankenlose Massenherrschaft. Dieses Schlagwort bringt uns Zerrbilder der Freiheit und Gleichheit vor Augen, denn in der Massengleichheit verliert sich die Freiheit des Individuums, und in der Freiheit der Masse

kommt die Gleichheit des Individuums nicht zur Geltung.

Die Diktatur des Proletariats ist bloß ein taktisches Schlagwort. Nie noch wurde eine Devise gefunden, die die Massen mehr erregen würde. Auf die Fahne des Armen wurde geschrieben, alles, was er wolle, werde geschehen. In diesem Motto liegt mindestens so viel Wahrheit wie in der bisherigen Weltordnung, wo auf dem Banner der bemittelten Minderheit für diese dasselbe Stichwort geschrieben stand. Aber hinter dem kriegerischen Stichwort steckt der Leitgedanke des Kommunismus, daß nämlich jeder Mensch gleicherweise ein Recht auf Glück hat, daß das allgemein mögliche Meistquantum an Glück um den Preis des allgemein möglichen Mindestquantums an Leiden erreichbar sein möge. Dies ist das Wesen des Kommunismus, nicht aber „Klassenkampf", „Diktatur des Proletariats" und sonstige taktische Schlagworte, die nur so lange leben, solange sie nicht zur Geltung kommen. Kommen sie einmal zur Geltung, so haben sie ihren Beruf erfüllt. Denn dann gibt es ja keine Klassenunterschiede mehr und auch keine Proletarier.

6. Der Kommunismus stürzt die Ordnung der Produktion um, infolge der plötzlichen Änderung stocken Produktion, Verkehr und Kredit, und es tritt eine allgemeine Verarmung ein. Nicht nur die Reichen werden arm, auch die Armen werden noch ärmer, da ganze Nationen bloß kurze Zeit vom fertigen Vermögen zehren können und ständiger Wohlstand nur durch ständige, systematisch sich erneuernde Produktion geschaffen werden kann, was hinwieder von der Geordnetheit des sozialen Lebens abhängt.

Überlegende Denker des Kommunismus wissen dies und behaupten in keinem einzigen ihrer revolutionären Werke, die Weltordnung sei auf den Kopf zu stellen. Sie ändern nur dort und nur so viel, als den öffentlichen Wohlstand nicht gefährdet, oder wo der die neue Weltordnung schaffenden Revolution gegenrevolutionäre Gefahr droht. Wo ohne Gefährdung des öffentlichen Wohles die neue Weltordnung sofort durchführbar ist, dort zögert und zaudert der Kommunismus nicht; wo aber im Interesse der Armen eine stufenweise Entwicklung erwünschter erscheint und das Bedenken einer Gegenrevolution nicht obwalten kann, dort wird die stufenweise Entwicklung grundsätzlich nicht ausgeschaltet. Natürlich gibt es auch hier Meinungsabweichungen; wir aber halten diesen Standpunkt für richtig und fordern diesen von den zweckbewußt überlegten geistigen Führern des Kommunismus. Dies ist aber nur eine taktische Frage und darf die kommunistischen Parteien nicht zum Bruderkampfe gegen die sozialdemokratischen Parteien treiben. Diese Frage darf nur vom Standpunkte ihrer eigenen inneren Zweckmäßigkeit aus von Fall zu Fall entschieden werden.

Sowjets und Parlament

Der Schreiber dieser Zeilen hat im Jahre 1915 ein Buch mit dem Titel „Die Sittlichkeitslehre des neuen Menschen" geschrieben. Der Titel des Buches zeigt an, daß der Verfasser schon damals das Nahen der neuen Weltordnung als Ausfluß des Weltkrieges geschaut und daß er getrachtet hat, für den neuen Menschen der neuen Welt eine neue Weltanschauung und eine neue Welteinrichtung sich vorzustellen. Ein Kapitel dieses Buches handelte von dem Bankerott des Parlamentarismus und legte dar, der konstitutionelle Parlamentarismus sei eine Formel des Betrügens der Nationen gewesen. Er empfahl:

1. daß das Zentralparlament auf dem Boden des Systems lokaler Ausschüsse aufgebaut werde und

2. daß das Parlament aus zwei Kammern bestehen möge: aus der Politischen Kammer, in der die Redner und Parteipolitiker sitzen, und aus der Sachverständigenkammer, wo Leute, die sich auf Angelegenheiten des Landes verstehen, beraten und entscheiden.

Beide Kammern aber mögen auf Grund sämtlicher Lokalausschüsse des Landes errichtet werden. Seither hat sich in Rußland — natürlich unabhängig von diesem Gedanken — das Sowjetsystem ausgestaltet, das dasselbe bedeutet. Der Schreiber dieser Zeilen hält jedoch, trotz der russischen Sowjets, an seinem ursprünglichen Gedanken fest, daß es zweierlei Sowjets geben möge: politische und sachverständige lokale Ausschüsse, und auf Grund dieser zwei Kammern: die der Politiker und die der Sachverständigen. Werden beide voneinander nicht getrennt, dann wird die Politik übermächtig und die Fachkenntnis geht wieder verloren.

Das Wesen meines Systems ist, daß die Gesetzgebung möglichst in der Hand des ganzen Volkes verbleibe. Gesetzeserläuterung und unmittelbare Kontrolle des Vollzuges ist Aufgabe der Abgeordneten, aber sowohl Abgeordnete wie die Mitglieder der Regierung sind der Gesamtheit der lokalen Ausschüsse ständig Rechenschaft schuldig.

Meine über den Bankerott des Parlamentarismus im Jahre 1915 aufgeschriebenen Gedanken drucke ich hier als bereits gereifte wörtlich wieder ab:

Prinzipiell und praktisch herrscht jetzt in den Staaten das parlamentarisch verfassungsmäßige System. Weit und breit haben wir schon die Klage vernommen, der Parlamentarismus habe Bankerott gemacht.

In einem Staate, in dem reguläres und großes Militär vorhanden ist, kann von einem vollständigen konstitutionellen Leben keine Rede mehr sein, in der Hand der regierenden Persönlichkeiten liegt allzu große Macht. Diese allzu große Macht fände nur im Parlament ihr Gegengewicht, würde das Parlament tatsächlich die Nation repräsentieren.

Doch hiervon ist keine Rede. Der Abgeordnete erscheint in seinem Bezirke, seine Rede ist gefällig, sein Äußeres sympathisch, seine lokalen Verbindungen maßgebend, seine allgemeine Parteistellung entscheidend, ohne Rücksicht auf die Eignung seiner Person, ja wohl auch mit Hilfe von Zwang, Bestechung oder Irreführung wird er gewählt. Ein Bezirk wählt ihn, und von nun an hängt es nur von ihm ab, ob er auch nur die geringste Gemeinsamkeit mit seinem Bezirke aufrecht erhält. Es wurde die These aufgestellt, er sei der Vertreter der ganzen Nation und also nicht mehr verpflichtet, seinem Wahlbezirke Aufmerksamkeit zu widmen. Es können hundert Fragen auftauchen, über die bei seiner Wahl nicht

verhandelt wurde, die eventuell damals noch gar nicht bekannt waren, er kann also weder für seinen Bezirk, noch im Wege seines Bezirkes für die ganze Nation hinsichtlich dieser Fragen eine Vertretungsbetrauung erhalten haben. Die Abgeordneten sind souveräne Eigentumsteilhaber des Staates geworden, die Nation selbst hat aufgehört, Herrin im eigenen Hause zu sein. Für die Zeit zwischen den Wahlen hat die Nation' als selbstwillige nationale Wesenheit aufgehört zu existieren. Die heutige Form des Parlamentarismus ist geradezu eine Verfälschung seines eigenen Wesens, das die Nation vertritt. Das Parlament vertritt nur sich selbst. Die Nation ist — von Wahl zu Wahl — sistiert. Es ist purer Zufall, daß das Parlament so vorgeht, wie die Nation empfindet. Selbst wenn sie wollten, könnten die Abgeordneten nicht wissen, was in bezug auf jede ihrer Abstimmungen der Wille der Nation ist. Es kann systematisch geschehen, daß bei den Entscheidungen von Tag zu Tag die Entscheidung der Mehrheit des Parlaments die Absicht der Mehrheit der Nation nicht deckt und daß der einzelne Abgeordnete anders spricht und stimmt, als sein Bezirk denkt und fühlt.

Es ist überhaupt erfahrungsmäßige Tatsache, daß der Parlamentarismus nicht die Geeignetsten der Nation versammelt, wo doch dies ein bedingungsloses Erfordernis der heutigen parlamentarischen Methode wäre, da die Nation aus dem Parlament ausgeschaltet ist und keinerlei Gutmachung — von einer Wahl zur anderen — möglich ist.

Es bildet sich eine Parteiregierung mit allen ihren Fehlern heraus.

Die Minister gehen aus den Mehrheitsparteien hervor, nicht auf der prinzipiellen Grundlage, daß sie die Geeignetsten seien, sondern je nachdem sie die einflußreichsten in der Parteitaktik sind. Die ministerielle Verantwortung dreht

sich nicht darum, ob der Minister seine Sache gut macht, sondern ob er sie im Interesse der Partei gut macht. Manchmal mag es geschehen, daß das Interesse der Partei und das allgemeine Interesse miteinander identisch sind, das System aber beruht nicht auf dieser prinzipiellen Grundlage.

Der fachunkundige Minister in Parteistellung infiziert beim besten Willen im Ausfluß aus seiner Lage die staatliche Verwaltung. Die fachkundigen Beamten finden sich der Fachunkundigkeit und der Parteilichkeit gegenüber und sind deren Befehlswort gegenüber ohnmächtig. Der parlamentarische Erfolg geht vor der tatsächlich guten Regierung.

Die nach unten hin unabhängigen Abgeordneten sind entweder auch gegenüber den Ministerien unabhängig, dann sind Minister und Beamte gleicherweise Spielbälle der Eigenmächtigkeit dieser Abgeordneten, die weder die Nation darstellen, noch Sachkunde verraten. Oder aber der Abgeordnete hängt vom Ministerium ab, sei es infolge seiner Parteistellung, sei es infolge seiner persönlichen Interessen: dann ist der Abgeordnete, der die Souveränität der Nation ergattert hat, ein bloßes Werkzeug entweder des Parteiinteresses, oder der Gnaden austeilenden Minister.

Der nationale Wille wird übergangen, Sachkundigkeit zurückgedrängt und es entwickelt sich die Korruption. Die Erfahrung zeigt, daß in den Staaten, wo parlamentarische Verfassungsmäßigkeit herrscht, die Korruption sich ebenso heimisch gemacht hat, wie in den absolutistisch regierten Ländern, wo der absolute Herr wegen seiner persönlichen, physischen Schranken so wenig absoluter Herr ist, daß all seine kleinen und großen Vertreter seinen Namen und seine Macht verantwortungslos mißbrauchen können. Es ist reiner Zufall und beruht nicht auf prinzipieller Grundlage, wenn sich Staaten finden, wo auf Grund des staatlichen Interesses

regiert wird. Es ist purer Zufall, die Eignung der anwesenden Personen verursacht es, wenn die Regierung die Kontrolle von verschiedenen Seiten des Parlaments annimmt, selber aber freiwillig im Einklang mit dem Willen der Nation handeln kann. Im allgemeinen aber steht fest, daß der heutige Parlamentarismus die Nationen zu fachunkundigen und korrupten Staatsregierungen kommen läßt. Und was dies bedeutet, zeigt das heutige geistige Niveau der Nationen. Welche Nation hat heute große Männer in entsprechender Zahl und von entsprechender Qualität? Wo sind die weltberühmten Poeten, Künstler und Philosophen? Daß sich die praktischen Metiers, die Gewerbe entwickeln, dessen mag sich die Menschheit freuen, aber sie mag sich nicht freuen dieser Einseitigkeit in der Entwicklung, denn für den Menschen ist jeder praktische Nutzen nur ein Mittel. Zur Glückseligkeit des ganzen Menschen bedarf es auch geistig-sittlicher Vervollkommnung.

Fast möchte ich sagen, daß es in unserem Planetensystem gute und schlechte Witterungen gibt, die Einwirkung üben auf jede wie immer geartete Produktionsfähigkeit unserer Erde, also auch auf das Wesen der durch die Erde genährten Menschheit. Möglich, daß derlei auch wirklich in der „Luft" liegt. Aber sicher ist, daß es zu dem Zustandekommen des jetzigen fürchterlichen Weltkrieges eines verkommenen Geschlechtes bedurfte. Große Geschlechter hätten große Männer gehabt, die ihre zivilisierten Nationen nicht durch Verwüstung hätten beglücken wollen.

Es steht fest, daß das Zustandekommen des Krieges in den westeuropäischen Staaten durch die parlamentarische Korruption, in Rußland durch die absolutistische Korruption verursacht worden ist. Der Historiker künftiger Zeiten wird von den heutigen öffentlichen Zuständen in einer Weise

sprechen, wie der Historiker von heute von den Zeiten spricht, da die Pest die Lande Europas verseuchte. Die Bazillen dieser Seuche hat die Naturwissenschaft bereits entdeckt. Die heutige geistige und moralische Verkümmerung und deren Bazillen muß die moralische Wissenschaft entdecken können. Dieser Bazillus ist die allgemeine Korruption.

Korruption ist Privatinteresse unter dem Titel öffentlicher Angelegenheiten auf Kosten der öffentlichen Angelegenheiten. Allmählich durchdringt alle Schichten des öffentlichen Interesses dieses System, das öffentliche Interesse hört also im öffentlichen Leben auf, und indem das Privatinteresse in unbefugte Gebiete eindringt, hört auch im Privatleben die Privatehre auf. Da der Weg des Fortkommens einzig die Korruption sein wird, ist jeder gezwungen, diesen Weg zu betreten. Märtyrer gibt es wenig. Und nachdem die Korruption zum System wird und schließlich nur sie zum Erfolge führt, weihen die Sieger den Erfolg zum Verdienst, und dies ist dann die Ehre. Die Teilhaber an der Korruption bilden eine unorganisierte Phalanx, an der sich jede Besserungsabsicht bricht. Die Korruption arbeitet wohl vornehmlich im Materiellen, aber auch der Weg der geistigen Geltendwerdung ist von der Korruption gepflastert, daher wird auch alles Geistige korrumpiert, daher gründet sich alles Geistige auf das Materialistische. Daher siecht das geistige Leben dahin.

Die korrumpierende Wirkung der Gesetzgebung offenbart sich im Wege von Vollzugsorganen, dem Ochsen, der da drischt, wird das Maul nicht verbunden, — auch die Vollzugsorganisation wird korrumpiert. Bei vollster richterlicher Unabhängigkeit hängen Avancement und viel andere Lebensumstände bei Gericht doch auch von der Regierung und von den mit der Regierung verknüpften höheren Gerichts-

stellen ab. So kann auch die Judikatur nicht unberührt bleiben. Ganz abgesehen von speziellen Fällen stehen Richter und Beamte in gewissen Ländern auch sonst, aber besonders im Kriegsfalle angesichts der ungeheuren Teuerung, vor einer physischen Unmöglichkeit, wenn sie ihren Gehalt mit den teuren Kosten des allernotwendigsten Daseinsminimums in Parallele stellen. Das Publikum leidet unter der Korruption, trachtet aber, sie für seine Zwecke nutzbar zu machen und drängt sich zu kleinen und großen Foren, um an der Korruption teilzunehmen. Die eine Schale der sozialen Wage ächzt unter dem Brennusschwert der Korruption, in die andere Schale legt das Volk des Vae Victis seine stets elender werdenden Lebensumstände. Es wird zur Gemeinsitte, nicht aus der Produktion von Werten, sondern auf die leichtere und sicherere Art der Korruption Vermögen zu erwerben. Aus einer Tasche in die andere wandert das Privatvermögen, wogegen sich das Nationalvermögen nicht vermehrt. Geht ein Agrarstaat mit einem Industriestaat ein Bündnis ein, dann gilt dieses Bündnis nicht dem wohlfeileren Konsum und der größeren Produktion, sondern der Hilfe zu gegenseitiger Preistreiberei. Die Zölle dienen nicht mehr zum Schutze gegen das Ausland, sondern dazu, daß mit ihrer Hilfe an dem Inlande Erpressung verübt werde. Der Gewerbetreibende schert sich denn auch nicht um technischen und kommerziellen Fortschritt, er lebt als Parasit am Leibe des ihm ausgelieferten Publikums, der Agrarier beläßt auch weiterhin seine Grundstücke ohne liebevolle Behandlung und Weiterentwicklung, nur lebt er Dank dem größeren Einkommen besser. In Österreich-Ungarn haben mit Hilfe der Zölle die Konsumenten an die Produzenten Milliarden bezahlt, ohne daß die Produzenten diese Kapitalien an die Entwicklung der Produktion gewendet hätten. Kommt dann

eine Richtungsänderung, so wird gleich das Ende der Welt verkündet, denn tatsächlich können sie dem Staate und der Nationalökonomie nicht genügend als Stütze dienen und tatsächlich sind sie im Begriffe zusammenzustürzen. An die Stelle des öffentlichen Geistes tritt, wie wir sehen, auf der ganzen Linie die Alleinherrschaft des individuellen Interesses. Nichts anderes gibt es im Lande als persönliches Interesse. Keine Idee, kein Gedanke, keine Empfindung gibt es, die die Individuen der Nation zusammenfassen würden, denn es ist allgemeines Prinzip, daß jeder auf Kosten und zum Schaden des anderen sein Fortkommen finden will, und dieses Prinzip vermag die Angehörigen der Nation miteinander nicht zu verbinden. Welch allgemeiner Empfindung soll also der Dichter Ausdruck verleihen? Welch Gemeingeist soll der Philosoph in ein System fassen, was soll der gute Seelenhirt verkünden und was der gute Lehrer lehren? Sie werden nicht verstanden. Wer dennoch Widerstand leistet, rennt überall mit dem Kopfe gegen Felsen an. Nicht einmal beiseite treten darf er, denn wer, wiewohl er teilnehmen könnte, nicht teilnimmt, ist in diesem System der Korruption gemeingefährlich, steht im Wege und muß aus dem Wege geräumt werden. Auch zur Zeit der Inquisition wurde nicht nur der verbannt, der mit dem Teufel einen Pakt geschlossen hatte, sondern auch, wer die Existenz des Teufels leugnete (denn wenn es keinen Teufel gibt, bedarf es ja auch keiner Inquisition!). Nicht nur jener Mann der Öffentlichkeit geht unter, der sich der Korruption widersetzt, sondern auch der, der an ihr nicht teilnehmen will; der wird nämlich noch mehr gefürchtet. Für die Korruption geringsten Grades wird noch gehalten, wenn nationale Auszeichnungen und Mitgliedschaften der gesetzgebenden Körperschaft um Geld, das zu Parteizwecken gespendet wurde,

ausgeteilt werden. Und die redlichste parlamentarisch-verfassungsmäßige Regierung ist die, bei der die Wechselwirtschaft der Parteien systematisiert ist. So nimmt wenigstens jeder abwechselnd seinen Teil an der Korruption. Die Zufriedenheit in der Politik ist dort allgemein, und nur das Land irrt von der Heerstraße des Fortschrittes ab.

Und weil die Hirnzellen sich gewöhnen, in dieser Richtung des Materialismus sich zu bewegen, erben die Nachkommen im Sinne des Gesetzes des Unvermögens in einer Tätigkeit nach dieser Richtung hin die Zellen ihres Gehirns. So wird die Menschheit von Generation zu Generation entarteter.

Bei dem heutigen parlamentarisch-verfassungsmäßigen System gehen die Verantwortlichkeiten verloren, das Staatsoberhaupt wälzt die Verantwortung auf die Regierung ab, die Regierung auf das Parlament, das Parlament auf die Wähler, die doch ohnmächtig sind und nicht nur physisch nicht zur Verantwortung gezogen werden können, sondern auch moralisch nicht verantwortlich sind, da sie ja ihre Vertreter (Abgeordneten) für deren Handlungen nicht zur Verantwortung ziehen können. Die Menge hat im Wege der Wahl die ihr zukommende nationale Souveränität verloren und einzelne Abgeordnete haben diese an sich gerissen. Die einzelnen Abgeordneten übergeben sie der Partei, die Partei der Parteiregierung, die Parteiregierung dem Staatsoberhaupte, das sie ernennt. Das Staatsoberhaupt aber ist, obwohl es so auch die Volkssouveränität in die Hände bekommen hat, im Sinne der heute herrschenden Theorie unverantwortlich. Verantwortlich ist keiner, bloß den tatsächlichen Schaden trägt die Nation davon. Dieses parlamentarische System ist das System des vollendeten und vollständigen Absolutismus, weil es gänzlich verantwortungs-

los ist. Beim alten Absolutismus gab es für den Herrscher eine individuelle sittliche und Gewissensverantwortlichkeit. Bei der parlamentarisch-verfassungsmäßigen Regierung gibt es derlei nicht. Und wo das Staatsoberhaupt bloß repräsentiert, bloß formelle Rechte übt, dort ist die Macht ganz in die Hände der Parteiregierung geraten. Die Parteiregierung aber beherrscht und führt die Partei, deren Beruf es wäre, sie zu kontrollieren. Auf diese Weise muß sich bei der heutigen Ordnung der parlamentarischen Verfassungsmäßigkeit entweder eine königliche oder eine ministerpräsidentielle Absolutistik entwickeln, und zwar ohne das System jeder wirklichen Verantwortlichkeit. Aus diesem Grunde müssen die heutigen politischen Systeme stürzen. Wo es keine Verantwortung gibt, gibt es auch kein Gewissen.

Eignet sich aber weder das parlamentarische System noch der Absolutismus zur Regierungsmethode, wie kann sich dann die Menschheit gut und zweckmäßig regieren?

Hier ist die radikale Abhilfe nicht mehr so schwer, die Staaten müssen sich bloß zu radikalen Reformen entschließen.

1. Wir können darauf bauen, daß nach Beendigung dieses fürchterlichen Krieges die zivilisierte Welt eine allgemeine Abrüstung vornehmen wird. Kein Staat hält die Lasten eines solchen Krieges aus. Dieser Krieg wird zumindest 25 Millionen Tote und körperlich Verletzte ergeben. Meint Ihr, daß sich ein kultivierter Mensch noch einmal solchem Blutverluste aussetzen wird?

2. Das parlamentarisch-verfassungsmäßige System muß auf ganz neue Grundlagen gelegt werden.

a) Die nationale Souveränität muß den einzelnen Abgeordneten abgenommen und der Nation wieder zurückgestellt werden. Der Abgeordnete soll also seine Wähler ständig

vertreten und ihnen ständig Verantwortung schulden. Man kann in großen Staaten nicht in jeder Frage Landesplebiszite veranstalten. Aber es ist möglich, aus den Wählern von Jahr zu Jahr neue, lokale Ausschüsse zu wählen, im Verhältnisse zu den Parteidimensionen, die sich gelegentlich der Wahl bemerkbar gemacht hatten. Diesen Ausschüssen unterbreitet der Abgeordnete des Bezirkes jeden wesentlichen Gesetzentwurf behufs Erwägung und Entscheidung. Die Theorie ist die, daß der Abgeordnete im Parlament bloß seinen eigenen Bezirk vertritt, die Gesamtheit der Abgeordneten aber das ganze Land. In jeder wesentlichen Frage wird derart bezirksweise die Nation befragt und derart ist nicht der Abgeordnete der souveräne Herr, sondern die Nation selbst, die durch die Abgeordneten in der Politischen Kammer repräsentiert wird. Auf diese Weise können die Abgeordneten nicht leicht beeinflußt werden, liegt doch die Entscheidung in meritorischen Fragen stets in den Händen der Wähler, beziehungsweise der lokalen Ausschüsse. In diesen lokalen Ausschüssen ist stets jede Partei proportional vertreten, daher erhält der Abgeordnete als Weisung wohl die Entscheidung der Mehrheit des lokalen Ausschusses, er muß aber von der Minderheitsmeinung ebenfalls Kenntnis nehmen und diese minoritäre Ansicht der Politischen Kammer mitteilen.

b) Nebst dieser Politischen Kammer besteht auch eine andere Kammer, die Sachverständigenkammer. Auch die wird gewählt, aber nicht bezirksweise durch die Gesamtheit der Bürger im allgemeinen, sondern in größeren Wahlbezirken durch die lokalen Kammern der einzelnen sozialen produzierenden Klassen. Die besonderen lokalen Kammern oder Ausschüsse der Handelskammer, der Großindustriellen, der Kleingewerbetreibenden, der Großgrundbesitzer, der Klein-

wirte, der Ärzte, der Advokaten, der Ingenieure, der Pädagogen, der Schriftsteller, der Journalisten, der Künstler, der verschiedenen Unternehmer, Beamten, Soldaten, Kapitalisten, Arbeiter usw. wählen großbezirksweise die Sachverständigen der etwa auftauchenden Probleme in die zweite Kammer. Hiermit ist erreicht, daß der Parlamentarismus nicht die Stufe der Unwissenheit und der Sachunkenntnis werde. Selbstverständlich stehen die Mitglieder der Sachverständigenkammer ebenso in ständiger Verbindung mit ihren eigenen Mandanten, wie die Mitglieder der Politischen Kammer und auch sie haben sich in jeder wesentlichen Frage der Entscheidung der sie wählenden lokalen Kammern zu unterwerfen.

c) Das Verhältnis der beiden Kammern zueinander ist folgendes: Die Politische Kammer untersucht die auftauchenden Fragen vom allgemeinen politischen Standpunkte, ebenso die von den Ministerien unterbreiteten Gesetzesvorlagen. Die Sachverständigenkammer befaßt sich mit diesem vom objektiven Standpunkt aus. Gesetz kann nur werden, was vom politischen Gesichtspunkt durch die erste Kammer und vom sachverständigen Gesichtspunkt durch die zweite Kammer angenommen werden kann. Nicht viele Gesetze sind die Hauptsache, sondern gute Gesetze.

d) Die Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten, eventuell der Minister des Äußeren sind die politischen Leiter kanzler und aus den Fachleitern, Staatssekretären der Ministerien. Der Reichskanzler bzw. der Ministerpräsident und eventuell dem Minister des Äußeren oder einem Reichs- der Regierung. Sie sind der ersten Kammer verantwortlich. Dort wird ihre Politik beurteilt und durch Abstimmung werden sie dort auch gestürzt. Die übrigen Ministerien sind der zweiten Kammer verantwortlich, dort wird ihre Tätigkeit

beurteilt, in Fachangelegenheiten obligatorisch gerichtet, aber eben darum erstreckt sich ihre Verantwortlichkeit auch auf nicht mehr als darauf, ob sie fachgemäß vorgegangen sind und die Weisungen eingehalten haben. Ihr individuelles Los ist das eines öffentlichen Beamten, die Kammern können gegen sie Einwände erheben, sie als ungeeignet bezeichnen und dann kommen eben in der Kammer andere Beamte an ihrer Statt, um das betreffende Ministerium zu vertreten; sie aber unterstehen als öffentliche Beamte der Dienstpragmatik der Beamten.

Es ist natürlich, daß in den Ministerien im Einvernehmen mit dem leitenden Minister und nach dessen Richtungweisung gearbeitet werden muß. Den Minister hinwieder weisen die Kammern an, aber für dessen gesetzwidriges und unregelmäßiges und schädliches Vorgehen sind auch die Fachreferenten laut ihrer eigenen Dienstpragmatik auf Grund der Beanstandung, welcher Kammer immer, persönlich verantwortlich.

Die Regierung, die Verwaltung muß einesteils stabilisiert, andernteils von politischen Einflüssen befreit, schließlich fachmäßig gestaltet werden. Es hat gar keinen Sinn, daß der Eisenbahnminister in Unterrichtsfragen, die Ressortminister in auswärtigen Fragen, der militärische Minister in Fragen des Handels Verantwortung tragen und fallen. Jedermann ist für seine eigene Aufgabe verantwortlich, der führende politische Minister für die allgemeinen politischen Richtungen und Verfügungen.

Den führenden politischen Minister wählt die politische Kammer. Es hat keinen Sinn, daß diese einen zu Falle bringe, aber keinen wählen könne. Die Fachreferenten werden nach den Normen der Pragmatik der öffentlichen Beamten ausgewählt.

e) Den Präsidenten des obersten Landesgerichts wählt die Sachverständigenkammer.

f) Der Verwaltungsgerichtshof urteilt in Fällen von Gegensätzen, die zwischen Regierung und Publikum in bestimmten Fällen sich ergeben können, ebenso urteilt dieser Gerichtshof in Zerwürfnissen zwischen einzelnen Behörden. Auch hier wird der Präsident von der Sachverständigenkammer gewählt.

g) Ebenso wird der Präsident des die gesamte materielle Gebarung kontrollierenden Staatsrechnungshofes gewählt.

3. So weit es möglich ist, hat die Erledigung lokaler Angelegenheiten den lokalen Ausschüssen und den durch diese gewählten autonomen Organen anvertraut zu werden. Die Leiter bekleiden Ehrenstellen, sind aber verantwortlich. Die zentrale einheitliche Leitung jedoch darf durch Autonomie nicht gestört werden, sondern beide müssen übereinstimmend tätig sein. Autonome Angelegenheiten sind, deren Erledigung wohl den allgemeinen Verfügungen der Gesetze untersteht, die aber in keinem praktischen Zusammenhange mit den ähnlichen Angelegenheiten der übrigen autonomen Gebiete stehen. Die Autonomie kontrolliert die lokale staatsbehördliche Person bei entsprechender Teilung der Verantwortlichkeit.

Wirtschaftlicher Weltbund

Ist der Weltfriede möglich?

Wären im Kriege beide Parteien zusammengebrochen, so wären wir dem Weltfrieden näher gekommen, denn ohne gegenseitige Hilfe hätten sich dann die Länder aus ihrer Ohnmacht nicht aufraffen können. Wie die Lage jetzt ist, vermag nur der Kommunismus den ersehnten Weltfrieden zu bringen, unter der Voraussetzung, daß alle Länder, zumindest aber ihre entscheidenden Teile, zur Empfindung der menschlichen Gemeinsamkeit kommen.

Schon vor dem Kriege bestand der Wille zum Weltfrieden. Als größte Schwierigkeit wurde angesehen, daß kein Mittel gefunden werden konnte, das die Einhaltung einer noch so klaren Abmachung hätte sichern können.

Die Diplomaten verlangten natürlich einen gemeinsamen internationalen Vertrag; die Kriege aber beginnen immer damit, daß die bestehenden Verträge außer Kraft gesetzt werden.

Sodann dachte man an irgendeine Art internationaler Polizei zu Wasser und zu Lande. Diese hätte in weniger ernsten Fällen ganz gute Dienste leisten können, hätte aber nichts bedeutet, sobald gewaltige Staaten oder Staatenbündnisse den Krieg wollen.

Hierauf tauchte die Idee des Boykotts auf. Wenn ein Staat die internationalen Verträge bricht oder nicht erfüllt, dann sollen die übrigen Staaten über ihn kommen oder ihn zumindest boykottieren. Das ist aber wieder nur so lange ein Schreckmittel, solange die Gesetzbrecher schwach sind. Sobald diese sich aber stark genug fühlen, boykottieren sie die übrigen Vertragsparteien selbst und beginnen eventuell mit dem Kriege.

Schließlich wurde empfohlen, diese Boykottierung dem internationalen Arbeiterverbande zu überlassen. Der Staat, der den Friedensvertrag bricht, soll von der gesamten Arbeiterschaft der Welt boykottiert werden, so daß diese keinerlei Arbeit verrichtet, die mit den Interessen des vertragsbrüchigen Staates in Zusammenhang stehen kann. Schön. Aber solche richterliche oder Vollzugsgewalt werden kapitalistische Staaten den Arbeitsorganisationen der Welt niemals zubilligen. Und was bedacht werden muß: die Verhinderung des Zustandekommens eines solchen Arbeiterweltbundes hätte die kapitalistischen Länder fest zusammengehalten, ein solcher Arbeiterweltbund hätte sich dann zum arbiter mundi auch in Fällen aufgeworfen, in denen er darum gar nicht ersucht worden wäre.

Was kann also das Pfand des Weltfriedens sein, da doch die Menschheit eines Pfandes unbedingt bedarf?

1. Auch in den siegreichen Ländern gibt es ideal gesinnte, von Gemeinsamkeitsgefühl durchdrungene Menschen.

2. Ein Teil der Kapitalisten der siegreichen Länder hat, schon aus selbstischen Interessen, die wirtschaftliche Kräftigung der besiegten Länder für wünschenswert gefunden, denn selbst als Kolonie ist ein entwickelteres, also kauf- und zahlungsfähigeres Land erwünschter.

3. Der Fortschritt der Technik wird die Umgestaltung der Welt fortsetzen. Die Flugtechnik schreitet weiter und wird alsbald alle Landesgrenzen aufheben. Fliegt einmal der Mensch vollendet, wohin sollen dann die Grenzzollstationen gebaut werden? Die Zollgrenzen wird man aus technischen Ursachen unmöglich aufrecht erhalten können. Wirtschaftlich sind sie schon längst unmöglich geworden, bloß die kapitalistische Korruption hat sie noch erhalten. Der Grenzzoll ist ein künstlicher wirtschaftlicher Schutz für einzelne

Produktionszweige. Hierdurch gerät er in Widerspruch mit dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit, wonach das möglich Meiste und Beste aufs billigste produziert werden soll. Der Grenzzoll ist ein finanzielles Monstrum, denn die Zollsumme kommt wohl dem Staate zugute, aber die durch den Zoll erreichte Teuerung ist ein unerwünschtes Geschenk für den durch den Zoll geschützten Produzenten. Der Grenzzoll ist ein soziales Monstrum, denn er verteuert auf künstlichem Wege die Waren maßlos und läßt so auf Kosten der Konsumenten einzelnen Produktionszweigen Pseudomehrwerte zukommen. Der Grenzzoll ist eine die Menschheit entzweiteilende Institution und führt zu Gegensätzen und zu Kriegen.

Die Flugmaschine wird die Zollschranken über den Haufen werfen und die Menschen einander nahe bringen. Im Bunde mit der Entwicklung der Sprengtechnik wird sie einzelnen Menschen, über den Kopf der Massen hinweg, Macht gewähren, wogegen die Länder sich verbünden müssen: dies wird also die Länder wieder nur einander näher bringen.

4. Der Krieg hat Sieger und Besiegte arg mitgenommen. Diese werden sich zu gegenseitiger Hilfe zusammentun und auch, um ihre gegenseitige wirtschaftliche Kraft auszunutzen. Ein entscheidendes Pfand des Weltfriedens kann, schon bei der kapitalistischen Ordnung, ein wirtschaftlicher Weltbund werden, der die Staaten mit so vielen Fäden verbindet, daß es nicht gestattet, der Mühe wert, oder möglich sein wird, sie durch einen Krieg zu zerreißen. Die natürlichen Bedingungen des wirtschaftlichen Weltbundes und dessen Folgen sind:

a) Aufhören der Grenzzölle;

b) zwecks Schaffung gleicher wirtschaftlicher Bedingungen Gleichförmigkeit der Steuern, was sich beim Kommunismus von selbst versteht.

c) Schaffung eines gemeinsamen Geldes, wozu es gar keines Goldes bedarf. Von diesem Metall ist ja gar nicht genug vorhanden, ja, wegen seiner eigenen Preisschwankungen ist das Goldgeld, gegenüber einer unbedingt vollwertigen Weltbanknote, volkswirtschaftlich schädlich. Die Grundlage dieser Weltbanknote ist die Weltproduktion, ihre Garantie und Kontrolle die Weltbank des wirtschaftlichen Weltbundes: daher wird die Weltbanknote unbedingten und unverminderten Vollwert besitzen.

d) In der gemeinsamen Weltproduktion wird das Prinzip der Wirtschaftlichkeit zur Geltung kommen und damit die durch den Krieg großgezogene Teuerung aufheben.

e) Es werden gemeinsame volkswirtschaftliche Institutionen und Systeme massenweise ins Leben gerufen werden.

5. Gestaltet sich eine kommunistische Weltordnung aus, so werden die Schranken zwischen Mensch und Mensch, Klasse und Klasse, Land und Land fallen. Solange es aber Zwitterländer, mit kommunistischem und kapitalistischem System, gibt, kann der wirtschaftliche Zusammenhang zwischen diesen nicht von der Hand gewiesen werden. Die kommunistischen Länder werden den Außenhandel teils dem Monopol der nationalisierten, kommunisierten und sozialisierten Betriebe, teils den an Stelle der Privatbetriebe getretenen individuellen Betrieben anvertrauen.

Historischer Idealismus

Es gibt Gemeinschaft zwischen jedem Atom und jeder Erscheinung der Erde, denn in ewigem Wechsel umschlingt eines das andere und alles, was geschieht, steht miteinander in ursächlichem Zusammenhange.

Ein Grundgesetz der Natur ist das Unvermögen. Das heißt, von selbst kann sich nichts ändern. An sich geht alles seinen eigenen Weg. Eine Änderung kann nur eintreten, wenn zwei Erscheinungen sich verketten und aus den beiden eine dritte wird. Diese einfache Wahrheit hat die Philosophie nicht eingesehen (siehe Hume, Kant usw.), als sie behauptete, die ursächlichen Zusammenhänge seien nicht wahrnehmbar, sondern nur die Aufeinanderfolge von Ursache und Wirkung. Der Irrtum rührt daher, weil man nicht einsah, daß vermöge des Gesetzes des Unvermögens e i n e Ursache keine Wirkung hervorbringen kann, sondern daß hierzu mindestens z w e i Ursachen gehören. Zu einem Kinde gehören Vater und Mutter.

Bei den unbewußten Erscheinungen bringen rein physische Ursachen deren Änderungen hervor. Bei bewußten Geschöpfen ist das Geschehen das, daß der physische Eindruck auf das psychische System wirkt und die beiden die Änderung des bewußten Wesens hervorrufen, was nichts anderes ist, als eine Neugestaltung des seelischen Systems des bewußten Wesens. Unser seelisches System ist der Gradmesser der Wirkung des auf uns von außen wirkenden Eindrucks. Christus lehrte, daß, wenn man dir einen Schlag auf die Wange gibt, du auch die andere hinhältst, wogegen der Heide den, der ihn schlägt, zurückschlägt. Es ist klar, daß bewußtlose Körper bloß eine materielle Geschichte haben,

während bei den Menschen deren seelisches System mit dazu beiträgt, die eigene Lebensgeschichte zu entscheiden.

Auch die bewußtlosen Atome bewegen sich in der Richtung ihrer irdischen Gemeinschaft, also existiert schon bei diesen ein inneres, zweckbewußtes Geschehen. Beim Menschen wird dieses Zweckbewußtsein selbstbewußt.

Die menschliche Gemeinschaft gibt bewußt und im Unterbewußtsein die Richtung der Geschichte der Menschheit an. Dies ist der historische Idealismus.

Es gibt keinen Menschen von so unentwickeltem seelischen System, der nicht irgendeinen Grad von Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen aufweist. Der Mensch mit entwickeltem Gemeinschaftsbewußtsein trachtet so weit als möglich, sich in die allgemeine menschliche Gemeinschaft, in die Moral hineinzuleben. Der einfachste kommunistische Genosse ist auch nicht lediglich nur darum Kommunist, damit nur er mehr Wohlstand genieße. Je entwickelter das kommunistische Bewußtsein in dem Genossen ist, um so eher lebt, handelt, leidet und stirbt er für das Wohl seiner übrigen Genossen. Marx oder Fourier hätten aus materiellen, aus Ursachen ihres eigenen wirtschaftlichen Wohlstandes Bankiers werden können, und auf dieser Laufbahn hätten sie für ihre Mitmenschen nicht leiden und kein Elend erdulden müssen. Heute hat sich die allgemeine Richtung des Weltsozialismus im Zeichen des Geistes von Marx entfaltet. Karl Marx aber hatte nicht einmal die Begräbniskosten für seinen Sohn, als sein Herz fast brach über dessen Tod. Was geht der historische Materialismus den führenden Geist von Marx an? Derlei Leute werden von dem Ideal der menschlichen Gemeinschaft geführt. Und so ist es auch um den Sozialismus und den Kommunismus bestellt, aber auch um die mit mehr Glauben ausgestatteten, leitenden Geister des Sozialis-

mus und des Kommunismus, und aller Ideen der Religion, der Nationalität und der Wissenschaft. Und so steht es auch um den einfachsten Proletariergenossen, in dem das Gemeinschaftsgefühl für das möglich meiste Glück und möglich mindeste Leiden jedes Menschen wach ist. Dies sind von eigenen Interessen freie, ideale Triebe. Daher sage ich, daß die Menschheit nicht vom historischen Materialismus geführt wird, sondern von dem Gesetze des historischen Idealismus.

Engels sagt, der historische Materialismus sei als wissenschaftliche Entdeckung gleichrangig mit dem Darwinismus. Er hat mehr als recht: nicht nur gleichrangig, sondern sogar identisch mit ihm in bezug auf die Pflanzen und Tiere. Für diese ist ihre materielle wirtschaftliche Lage maßgebend in allem ihrem Geschehen, wogegen in den Geschehnissen der Menschheit die wirtschaftliche Lage nur die eine Ursache ist, die andere das eigene Bewußtseinssystem. Die Resultate dieser beiden ist, was der Mensch wird, das heißt, wohin sich das menschliche Bewußtsein um und umwandelt. Daher wollen wir Engels also verstehen: Der historische Idealismus ist beim Menschen ein ebensolches Naturgesetz, wie der historische Materialismus ein natürliches Gesetz bei Pflanzen und Tieren ist.

Ich höre den Einwand, es gebe zu wenig Idealisten, die große Menge sei es nicht. Hierüber kann keine ausführliche seelische Statistik aufgestellt werden; aber wenn es auch wahr ist, daß sich die Masse um die eigene Achse bewegt, so bewegt sie sich doch auch vorwärts um jene Achse, die ihr von ihren ideal gesinnten Führern vorgeschrieben wird. Der Weg der großen Richtungsentfaltungen der Geschichte wird von den Leitsternen der Ideen erleuchtet, und diese Ideen werden von Menschenseelen ausgestrahlt, deren Geist vom Ideal der Gemeinschaft durchdrungen ist.

Ein Nachwort zum Geleit von Ed. Bernstein.

Die vorliegende Schrift ist nicht die erste Arbeit, mit der Dr. Eduard Palyi vor die deutsche Öffentlichkeit tritt. Wie auf dem Titelblatt angezeigt, ist er der Verfasser der Schriften „Deutschland und Ungarn" und „Das mitteleuropäische Weltreichbündnis, gesehen von einem Nichtdeutschen", die in den Jahren 1915 und 1916 in deutscher Sprache erschienen. Mit großer Wärme verficht er darin den Gedanken eines engen wirtschaftspolitischen Anschlusses seines Heimatlandes Ungarn an das Deutsche Reich. Diese Verbindung und ihre Ausdehnung auf Bulgarien und die Türkei erschien ihm als das geeignetste Mittel, Ungarns Wirtschaftsleben zu einer gesunden Entfaltung zu bringen. Zugleich aber glaubte er, daß die von ihm empfohlene Verbindung für Deutschland von großem Nutzen sein würde, indem sie dieses handelspolitisch von den Märkten der Westländer unabhängig machte. Sein Plan begegnete sich da mit leitenden Gedanken von Fr. Naumanns Mitteleuropa. Doch wird man in der Schrift keine imperialistischen Tendenzen entdecken, auch ist sie frei von Voreingenommenheiten gegen die westeuropäischen Großstaaten.

Dr. Palyi, der im Spätherbst 1914 behufs Vertretung seines Gedankens nach Berlin kam, suchte damals neben anderen auch den Schreiber dieses auf. Obwohl er bei mir auf wenig Neigung stieß, für die von ihm entwickelten Ideen Propaganda zu machen, ich mich ihm vielmehr als grundsätzlichen Gegner aller handelspolitischen Sonderbünde zu erkennen gab und aus meiner scharfen Oppositionsstellung gegen die Kriegspolitik der Reichsregierung kein Hehl machte, gestaltete

sich unser Verkehr doch recht freundschaftlich und ist es auch geblieben. Ich lernte in Dr. Palyi einen vorurteilsfreien Mann kennen, der sich sehr freimütig über die Kehrseiten der Politik seines Vaterlandes äußerte, aber sich aller Ausdrücke der Verärgerung enthielt, sondern offenbar nur von dem Wunsch beseelt war, dort bessern zu helfen, wo ihm Besserung am dringendsten geboten schien. Er war als Chefredakteur der Tageszeitung „Magyar Szo", dann des „Budapesti Naplo" lange Jahre eifriger und recht streitbarer Verteidiger der Politik Stefan Tiszas gewesen, hatte aber zu den wenigen Politikern Ungarns gehört, die seinerzeit die Regierung des Grafen Fejervary unterstützten, als diese gegen den sich damals schroff auflehnenden Widerstand der herrschenden Klassen des Magyarenlandes das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht durchführen wollte. Vom Liberalen alter Richtung entwickelte er sich zum demokratisch gerichteten Liberalen, ist aber auch dabei nicht stehen geblieben, sondern hat sich, als gereifter Mann in den fünfziger Jahren, wie die vorliegende Schrift zeigt, zum Anwalt eines sehr ausgesprochenen Kommunismus entwickelt. Die Schrift ist vor einigen Monaten in magyarischer Sprache erschienen, damals in der ungarischen Presse lebhaft besprochen worden und mag nicht wenig dazu beigetragen haben, die Geister auf die kommunistische Revolution vorzubereiten, die nun in Ungarn ihren Anfang genommen hat.

Wir sind über diese Revolution nur erst sehr lückenhaft unterrichtet und daher vorwiegend geneigt, sie als einen wesentlich nationalpolitischen Verzweiflungsakt des Magyarenvolkes zu betrachten, das sein Staatswesen auf allen Seiten von den einschneidendsten Abtrennungen bedroht sieht. Man erblickte in ihr zunächst einen in höchster Not angestellten Versuch, mit Hilfe der Bolschewisten sich der

Tschechoslawen, Rumänen und Südslawen zu erwehren, deren Annexionspläne, wenn ausgeführt, Ungarn auf die Hälfte seines Gebiets und seiner Bevölkerung verringern, es somit aus der Reihe der Großstaaten Europas ausstreichen und seine Volkswirtschaft höchst wertvoller Erdschätze berauben würden. Indes scheint sie doch in höherem Grade als angenommen sozialpolitischer Natur zu sein und tatsächlich auf eine kommunistische Umwälzung abzuzielen. Sie stützt sich dabei ganz besonders auf Kleinbauern und Landarbeiter, unter denen es schon in Friedenszeiten eine sehr starke Bewegung gegen das Großgrundbesitzertum gab, das einen so großen Teil des fruchtbarsten Bodens von Ungarn innehat. Als agrarische Revolution würde sie der wirtschaftlichen Entwicklungshöhe und sozialen Gliederung Ungarns auch ganz gut entsprechen, dessen Bevölkerung zu mehr als zwei Dritteln der Landwirtschaft angehört, während seine Industrie zwar eine Anzahl modern eingerichteter Großbetriebe umfaßt, aber samt dem Handwerk noch nicht den sechsten Teil der Erwerbstätigen beschäftigt. Schwieriger ist einzusehen, wie sie bei dieser Berufsgliederung zu einer vollständigen kommunistischen Wirtschaftsordnung führen soll. Sie steht da vor dem gleichen Problem, an dem jetzt die russische Sowjetregierung herumexperimentiert. Ihr Führer Bela Khun ist bolschewistischer Kommunist. Er empfängt seine Inspirationen von Moskau und trifft seine Maßnahmen nach dem dortigen Muster, das sich sehr wesentlich von den Vorschlägen Palyis unterscheidet. Ehe ich mich diesen zuwende, erscheint es mir angezeigt, der bolschewistischen Theorie einige Worte zu widmen.

* * *

Die Bolschewisten nennen sich Marxisten. Lenin, Trotzky und Genossen behaupten, den Lehren von Karl Marx gemäß zu handeln. Sie nehmen sogar für sich in Anspruch, die einzigen folgerichtig vorgehenden Schüler von Marx zu sein. Allerdings finde man nicht alle ihre Maßnahmen bei Marx vorgezeichnet. Aber darin sei eben ihre Doktrin die sinngestrenge Fortbildung von Marx. Und so muß sich denn selbst ein so anerkannter Marxkenner und treuer Verfechter der Marxschen Lehre wie Karl Kautsky gefallen lassen, bloß deshalb, weil er dies nicht anerkennt, von Lenin in einem Pamphlet als Renegat hingestellt zu werden. Denn dafür, daß Kautsky irgend etwas verleugnet hätte, was er vordem vertreten hat, erbringt Lenin auch nicht die Spur eines Beweises.

Tatsächlich ist jedoch der Bolschewismus keine Fortbildung des Sozialismus über Marx hinweg, sondern eine Rückbildung hinter ihn zurück.

Was ist der wesentliche Unterschied der von Marx im Verein mit Friedrich Engels ausgearbeiteten sozialistischen Lehre von der Doktrin ihrer sozialistischen und kommunistischen Vorgänger? Nicht ein größerer Radikalismus ihrer Forderungen, auch nicht eine stärkere Betonung der Gewalt als Hebel der sozialistischen Revolution. In beiden Beziehungen erscheinen ihre Sätze gegenüber denen verschieschiedener zeitgenössischer oder früherer Sozialisten als Abschwächungen. In den Schriften französischer Kommunisten und englischer Sozialisten, in des deutschen Kommunisten Wilhelm Weitling Schrift „Die Garantien der Harmonie und Freiheit" und manchen Veröffentlichungen anderer deutscher Kommunisten wird man auf Ausführungen stoßen, gegenüber denen die Sprache von Marx und Engels fast zahm klingt, und wiederholt sind Marx und Engels von zeitge-

nössischen Sozialisten bezichtigt worden, daß ihre Lehre dem Proletariat die revolutionäre Tatkraft nehme, die Arbeiter geradezu einschläfere. Das unterscheidende Merkmal der Marxschen Lehre gegenüber den Lehren der Vorgänger ist die starke Betonung und systematische Anwendung des Entwicklungsgedankens in bezug auf die Theorie der sozialen Umwälzungen. Die soziale Umwälzung ist bei Marx kein mechanischer Vorgang, bei dem es lediglich vom Willen einer genügend großen Anzahl von Revolutionären abhängt, ob er sich vollzieht oder nicht, sondern der Abschluß eines vom revolutionären Willen unabhängigen organischen Prozesses. Es müssen gewisse ökonomische Bedingungen erfüllt sein, wenn das Eingreifen der wollenden Revolutionäre den Erfolg haben soll, einer neuen Gesellschaft Leben und Lebenskraft zu geben. Diese Bedingungen stellen sich aber als naturnotwendige Folge der Gesetze der Produktionsentwicklung ein, gegen die alles Anrennen der Verteidiger der alten Gesellschaft auf die Dauer ohnmächtig sind. Die Marxsche Lehre kann somit auch als die Lehre von den Grenzen des Willens in der Entwicklung der Gesellschaften bezeichnet werden. Aber sie kennzeichnet den Willen nach zwei Seiten hin als begrenzt: nach der Seite der Reaktion so gut als nach der der Revolution. Wenn sie die Arbeiter abhält, ihre Kräfte für revolutionäre Unternehmungen einzusetzen, für die die sachlichen Bedingungen noch nicht erfüllt sind, so schützt sie sie zugleich vor Entmutigung und festigt in ihnen die Gewißheit, daß ihre Sache unbesiegbar sei.

Mit dieser Begrenzung des Willens als Faktor der sozialen Revolution steht in Übereinstimmung eine ähnliche Begrenzung der revolutionären Kraft des moralischen Urteils. So wenig Marx die Bedeutung des Willens in der Geschichte der

Menschheit verkennt, so wenig verkennt seine Lehre die Bedeutung der Moral und des moralischen Urteils. Ohne Menschen, die wollen, keine soziale Bewegung, für das Wollen aber ist das moralische Urteil oft ein unentbehrlicher Antrieb. Nur genügt dieses Urteil allein noch nicht, um so viel Willen zu erzeugen und diesem Willen so viel schöpferische Kraft zu verleihen, als nötig ist, eine neue Gesellschaft zustande zu bringen. Die Ungerechtigkeiten und sonstigen Mängel von Gesellschaftsordnungen waren stets längst vorher empfunden und festgestellt, ehe es zu ernsthaften Bewegungen kam, die kräftig genug waren, eine Neuordnung herbeizuführen.

Alle sozialistischen Theorien und Systeme, die vor Marx aufgestellt worden sind, stellen sich, wenn man sie tiefer untersucht, als ethisch begründet heraus. Denn auch die Teleologie, die bei vielen eine große Rolle spielt, ist zuletzt ein ethisches Moment. Selbst als Robert Owen und seine Schüler dahinter kamen, daß die Ökonomie der kapitalistischen Gesellschaft besondere Vorbedingungen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung schaffe, blieben sie mit der Nutzanwendung aus dieser Erkenntnis im Ethischen stecken und verrammelten sich so den Weg zu einer wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus. Es blieb Marx vorbehalten, den entscheidenden Schritt zu tun, der ihm diese Begründung möglich machte. Die Sozialisten der Owenschen Schule und alle nach ihnen gekommenen festländischen Sozialisten leiteten den Sozialismus von der Ricardoschen Theorie ab, wonach der Wert der Produkte gleich ist der in ihnen steckenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Da der Lohn des Arbeiters stets geringer ist als der Wert des Produkts abzüglich des Werts der Rohstoffe und Nebenkosten, ergebe sich daraus, folgerten sie, daß der Arbeiter nicht den vollen Wert seiner Arbeitsleistung er-

halte, sondern vom Kapitalisten um ihn verkürzt — ausgebeutet werde. Diese Ungerechtigkeit zu beseitigen und den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern, sei nur in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich, und daher sei der Sozialismus notwendig und gerechtfertigt. In weiten Kreisen ist die Anschauung verbreitet, daß dies auch die Marxsche Begründung des Sozialismus sei. Das ist aber ein großer Irrtum. „Marx hat", schreibt Friedrich Engels im Vorwort zur deutschen Ausgabe von Marx' Schrift „Das Elend der Philosophie", wo er von dieser Ableitung des Sozialismus aus der Tatsache des Mehrwerts spricht, „Marx hat nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den notwendigen, sich vor unsern Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise; er sagt nur, daß der Mehrwert aus unbezahlter Arbeit besteht, was eine einfache Tatsache ist." Und Marx selbst schreibt in seinem Rundschreiben vom 5. Mai 1875 über den Entwurf zum Gothaer Programm der damals Vereinigten Sozialisten:

„Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung (des Arbeitsertrags) ‚gerecht' ist? Und ist sie nicht in der Tat die einzige ‚gerechte' Verteilung auf Grund der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? . . . Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." (Neue Zeit, Jahrgang 1890/91.)

Positiver drückt er sich im dritten Band seines Hauptwerkes „Das Kapital" aus. Dort heißt es im Kapitel „Die trinitarische Formel":

„Mehrarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der

gegebenen Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben .... Es ist eine der zivilisatorischen Seiten des Kapitals, daß es diese Mehrarbeit in einer Weise und unter Bedingungen erzwingt, die der Entwicklung der Produktionskräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Schöpfung der Elemente für eine höhere Neubildung vorteilhafter sind als unter den früheren Formen der Sklaverei, Teilungswirtschaft usw. Es führt so einerseits eine Stufe herbei, wo der Zwang und die Monopolisierung der gesellschaftlichen Entwicklung (einschließlich ihrer materiellen und intellektuellen Vorteile) durch einen Teil der Gesellschaft auf Kosten des andern wegfällt; andererseits schafft es die materiellen Mittel und den Keim zu Verhältnissen, die in einer höheren Form der Gesellschaft erlauben, diese Mehrarbeit zu verbinden mit einer größeren Beschränkung der der materiellen Arbeit überhaupt gewidmeten Zeit." (Das Kapital, Bd. III, 2. Hälfte, Seite 354.)

Ein weiterer, für unsere Frage bedeutungsvoller Satz von Marx findet sich in der sehr wichtigen Stelle des Vorworts seiner im Jahre 1859 erschienenen Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie":

„Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind."

Über den geschichtlichen Zeitpunkt aber haben wir die oft zitierte Stelle aus dem Kapitel „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" in „Das Kapital", wo Marx zeigt, daß auf entwickelter Stufe der kapitalistischen Produktion zunehmende Expropriation von Kapitalisten durch

größere stattfindet, bis schließlich das Kapitalmonopol selbst „zur Fessel der Produktionsweise" wird, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. „Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert."

Prüft man an der Hand all dieser Sätze die soziale Politik der Bolschewisten, so wird man finden, daß sie in nichts, was dem Marxismus wesentlich ist, diesem gerecht wird. Sie hat von Marx einige Schlagworte übernommen, wie man sie in der Literatur des vormarxistischen revolutionären Sozialismus auch schon findet, und hat auf Grund ihrer in rohester Weise in den Wirtschaftsorganismus Rußlands eingegriffen, unbekümmert darum, wie es mit der ökonomischen Reife dieses Organismus stand. Wenn Marx niemals gelebt hätte, so hätte jene Politik kaum anders ausfallen können, als es tatsächlich geschehen ist. Als die Bolschewisten in Rußland zur Herrschaft kamen, hatte dieses wohl schon eine nicht unbedeutende Großindustrie, aber als Ganzes war es doch noch so weit von dem Höhepunkt kapitalistischer Entwicklung entfernt, den Marx für die Fälligkeit der neuen Gesellschaftsform vorzeichnete, daß man das Unternehmen, nun mittels Gewaltmaßnahmen diese zwangsweise sofort verwirklichen zu wollen, mit dem Unternehmen eines Mediziners vergleichen müßte, eine Viermonatsfrucht mittels des Kaiserschnitts in ein lebensfähiges Menschenkind verwandeln zu wollen.

Wohl sagt Marx an einer berühmten Stelle: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." Aber wenn das heißen sollte, daß die Gewalt in jedem Augenblick eine neue Gesellschaft aus

dem Körper der alten herausmanipulieren kann, dann hätte Marx sich schwerlich die viele Jahrzehnte beanspruchende Arbeit gemacht, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft zu erforschen.

Nicht Marx, sondern Babeuf hat das Vorbild für das Vorgehen der Bolschewisten geliefert. Allerdings in andrer Form und noch völlig beherrscht von der naturrechtlichen Ideologie, die wir in fast allen Kundgebungen der Französischen Revolution wiederfinden, während der Bolschewismus theoretisch eine Bastardgeburt aus naturrechtlichen und marxistisch-materialistischen Gedankengängen ist. Und gerade diese theoretische Bastardnatur ist es, die zur Quelle seiner widersinnigen ökonomischen und politischen praktischen Maßnahmen wurde.

Marx sagt in dem obenerwähnten Rundschreiben von 1875: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." In diesem Satz haben wir den Orakelspruch, auf den Lenin und Genossen für die von ihnen proklamierte Diktatur sich berufen. Marx hat's gesagt.

Nun unterstellt Marx gemäß seiner Theorie, wie wir oben gesehen haben, für die Periode der angezeigten proletarischen Diktatur einen Zustand wirtschaftlicher und sozialer Reife, der in sich schon die Bürgschaft darbietet, daß aus dieser Diktatur eine höhere Gesellschaftsform hervorgehen muß. Der Bolschewismus ignoriert das. Für ihn ist die Diktatur des Proletariats genügend motiviert durch die Theorie von der Nichtsnutzigkeit der Unternehmerklasse, die aber, wie

er sie auslegt und anwendet, in direktem Widerspruch steht mit den ausdrücklichen Feststellungen von Marx und Engels. Er stellt alle Unternehmer, statt ökonomisch, schlechthin moralisch als Ausbeuter hin und hat nun für die Praxis die Handhabe, daraufhin die ganze Klasse politisch zu entrechten. Während Marx im Vorwort zu „Das Kapital" Sorge trägt, „zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse" zu bemerken, daß zwar Kapitalist und Grundeigentümer bei ihm in keineswegs rosigem Licht erscheinen, es sich aber da um „die Personifikation ökonomischer Kategorien" handelte, weniger als der jedes anderen könne sein „Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag".

Es verrät ja auch ein wahrhaft primitives Denken, die Unternehmer mit einem Federstrich allesamt aus dem Wahlrecht auszuschließen, weil sie „von der Arbeit andrer leben". Wenn gewisse Sykophanten des Kapitals die Bedeutung der sozialen Funktion des Unternehmers ins Übermenschliche erhoben haben, so ist dies wahrhaftig kein Grund, sie nun aus Opposition völlig in Abrede zu stellen und dem Unternehmer wie einem Verbrecher die bürgerlichen Rechte abzuerkennen. Dabei verwickelt sich der Bolschewismus in folgenden Widerspruch, der auch wieder auf unmarxistisches Denken zurückzuführen ist. Praktische Bedeutung kann die Streichung der Unternehmer aus dem Wahlrecht nur dort haben, wo ihre Zahl im Verhältnis zu den Zahlen anderer Klassen noch so groß ist, daß sie als Wähler ein beträchtliches Kontingent ausmachen würden. Besteht aber ein solches Verhältnis, dann ist gerade nach Marx darin der Beweis

gegeben, daß die Unternehmerklasse noch weit davon entfernt ist, sozial entbehrlich zu sein. Ist aber die Unternehmerklasse durch die industrielle Konzentration so gegenüber den anderen Klassen zurückgetreten, daß sie ihnen gegenüber zahlenmäßig nicht ins Gewicht fällt, dann ist wieder ihre Ausmerzung aus der Liste der Wähler selbst unter dem Gesichtspunkt des sozialistischen Radikalismus praktisch wertlos.

Mit der Streichung der Unternehmer aus den Wählerlisten in engem Zusammenhang steht die ganze Theorie der Bolschewisten von der Entbehrlichkeit der demokratischen Einrichtungen. Im Wahn, vermittelst der Diktatur eines noch halb entwickelten Proletariats den Sprung aus einer nur erst halb entwickelten kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft vollziehen zu können, hatten sie und haben ihre Schüler in Deutschland nur Hohnworte für die Bestrebungen auf Errichtung einer demokratischen Republik, gehen die letzteren sogar so weit, die demokratische Republik für etwas um jeden Preis zu Verhinderndes hinzustellen. Dies ebenfalls in hellem Widerspruch zu Marx, der im Brief über das Gothaer Programm, wenige Zeilen nach der Stelle, wo er schreibt, daß der Staat der Übergangsperiode zum Kommunismus die Diktatur des Proletariats sein werde, die demokratische Republik „die letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft" nennt und von ihr sagt, daß in ihr „der Klassenkampf definitiv auszufechten ist".

Wie immer man sich zu diesem Gedanken stellt, so wird das eine niemand bestreiten können, daß er durchaus dem logischen Bau der sozialen Entwicklungslehre entspricht, die wir Marxismus nennen, einen notwendigen Stein in ihrem Aufbau bildet. Von dieser Einheit in der Verfolgung des

Entwicklungsgedankens ist im Bolschewismus nicht die Spur zu finden. Alles ist da Willkür, so daß wir von Widerspruch auf Widerspruch stoßen und vom Marxismus schließlich nichts übrig bleibt als die Phrase. Kein Wunder, daß in der Praxis des Bolschewismus die Diktatur des Proletariats auf dem besten Wege ist, in die Diktatur eines prätorianischen Militarismus auszumünden.

Die kommunistische Lehre Eduard Palyis im Lichte des Marxismus

Die kommunistische Lehre Palyis gibt sich von vornherein als naturrechtlich begründet zu erkennen. Sie nimmt verschiedentlich auf die Marxsche Soziallehre Bezug, erkennt mancherlei von ihr an, bedient sich aber einer andern Sprache und Argumentierung als sie. Es kann daher nicht der Vorwurf gegen sie erhoben werden, daß es ein innerer Widerspruch ist, wenn sie sich der kommunistischen Lehre Babeufs näher verwandt zeigt, als der Lehre von Karl Marx.

Die Verwandtschaft mit Babeufs Gleichheitskommunismus ist um so bemerkenswerter, als Palyi diesen nie vorher gekannt hat. Auf Kenner der Lehre Babeufs macht die so ansprechende naturphilosophische Betrachtung, die Palyis Schrift einleitet, den Eindruck einer gewollten Begründung des ersten Leitsatzes der berühmten „Erklärung der Lehre Babeufs", der da lautet: „Die Natur hat allen Menschen ein gleiches Recht auf den Genuß aller Güter gegeben." Was Babeuf im Stil seiner Zeit apodiktisch als die Verfügung einer personifizierten Natur verkündet, legt Palyi als Folgerung aus dem objektiven, weltumspannenden Zusammenhang der organischen mit der unorganischen Natur dar. Aus der wissenschaftlichen Naturerkenntnis sollen wir nach ihm die Überzeugung von der Verbundenheit des Menschengeschlechts gewinnen. Ebenso verweist Palyi auf die wissenschaftliche Erkenntnis von den Bedingungen alles gesellschaftlichen Zusammenlebens, wo Babeuf wieder — Leitsatz 2 und 3 — kategorisch verkündet:

„Der Zweck der Gesellschaft ist es, diese Gleichheit, die im rohen Naturzustande oft durch die Starken und

Schwachen gefährdet wird, zu verteidigen, und durch tätige Mitwirkung aller die gemeinsamen Lebensgenüsse zu vermehren."

„Die Natur hat jedem die Pflicht zur Arbeit auferlegt; keiner hat sich ohne Verbrechen je dieser Pflicht entziehen können."

Ganz anders Marx. Gegen den Satz im Gothaer Programmentwurf, „da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist," bemerkt er mit kaustischer Schärfe:

„Man hätte ebensogut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann usw. usw. — kurz, den ganzen Rousseau abschreiben können."

Nicht besser kommt die im Programmentwurf aus dem vorzitierten Satz gezogene Folgerung bei ihm fort, es gehöre daher „der Ertrag der Arbeit unverkürzt, mit gleichem Recht, allen Gesellschaftsgliedern." Marx stellt ihm u. a. als „unstreitig" den Satz entgegen: „In dem Maße, wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf Seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf Seiten des Nichtarbeiters." Dies sei „das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte" gewesen. Statt allgemeine Phrasen über „die Arbeit" und „die Gesellschaft" zu machen, sei die Aufgabe gewesen, „bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen gesellschaftlichen Fluch zu brechen."

Diese Abweisung der naturrechtlichen Begründung des Sozialismus schließt beiläufig eine Kritik der in der ganzen bolschewistisch beeinflußten Welt üblich gewordenen unterschiedslosen und daher unkritischen Verdammung des Kapitalismus in sich, die man seit Marx aus der sozialistischen Welt verbannt glauben konnte.

Wenn aber die naturrechtliche Begründung des Sozialismus methodologisch unmarxistisch ist, so braucht sie darum noch nicht zu Schlüssen zu gelangen, die mit den Schlüssen des Marxismus in Widerspruch stehen. „Was ökonomisch formell falsch ist," sagt Friedrich Engels an jener Stelle im Vorwort zu Marxs „Das Elend der Philosophie", wo er die Ableitung des Sozialismus aus der bloßen Tatsache, daß der Lohnarbeiter dem Kapitalisten Mehrarbeit leistet, für unrichtige Folgerung aus der Ökonomie erklärt, —

> „was ökonomisch formell falsch ist, kann darum doch weltgeschichtlich richtig sein. Erklärt das sittliche Bewußtsein der Masse eine ökonomische Tatsache, wie seinerzeit die Sklaverei oder die Frohnarbeit, für unrecht, so ist das ein Beweis, daß die Tatsache selbst sich schon überlebt hat, daß andere ökonomische Tatsachen eingetreten sind, kraft deren jene unerträglichen und unhaltbar geworden ist. Hinter der formellen ökonomischen Unrichtigkeit kann also ein sehr wahrer ökonomischer Inhalt verborgen sein."

Das trifft in nicht geringerem Grade auf die Schrift Palyis zu. Den Anstoß zu ihr hat Palyi nicht aus abstrakten Grübeleien, sondern aus der Beobachtung der sozialen Vorgänge unserer Tage erhalten. Er ist im Angesicht der Rückwirkungen der furchtbaren politischen Wirrnisse der Gegenwart auf das Wirtschaftsleben und die Stimmung der Arbeiterklasse zu der Überzeugung gelangt, daß nur der Kom-

munismus die europäische Welt vor dem völligen Zusammenbruch werde retten können. Der Weltkrieg hat in seinen Nachwirkungen dem Proletariat eine Macht verliehen, die kaum größer sein könnte, wenn in der Tat die kapitalistische Wirtschaft infolge innerer Entwicklung an der Grenze ihrer Entfaltungsmöglichkeit angelangt wäre; er hat eine Wiederherstellung der sozialen Abhängigkeit, wie sie vor ihm bestand, zur größten Unwahrscheinlichkeit gemacht. Angesichts dieses Umstandes ist der Mangel einer wissenschaftlichen ökonomischen Begründung nicht so verhängnisvoll für sie, wie er es früheren kommunistischen Systemen war, die, ob sie noch so geistreich waren, doch infolge des gleichen Mangels in der Luft abstrahierender Spekulation hängen blieben. Das sittliche Urteil der Massen, und zwar nicht bloß der Arbeiter, ist zu keiner Zeit der Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems so ungünstig gewesen, wie im gegenwärtigen Zeitpunkt.

In seiner theoretischen Fundierung könnte Palyis Kommunismus vor der Marxschen Lehre nicht bestehen. Das wird dadurch nicht gehoben, daß Palyi sich verschiedentlich der gleichen ökonomischen Begriffe bedient, wie Marx. Gibt er ihnen doch eine von der Marxschen grundverschiedene Deutung. Seine Unterscheidung von Nützlichkeit und Gebrauchswert wird man bei Marx vergebens suchen, der vielmehr einfach sagt, daß „die Nützlichkeit eines Dinges es zum Gebrauchswert macht", es aber hierbei völlig dahingestellt sein läßt, ob dieses Ding der von der Natur dargebotene Stoff des Wirtschaftens oder schon bewirtschafteter Naturstoff ist. Was Palyi als die Vorbedingung des Gebrauchswertes hinstellt, ist bei Marx Vorbedingung des Tauschwertes, ein Begriff, der bei Palyi nirgends entwickelt wird. So ist es denn begreiflich genug, daß Palyi dem Be-

griff Mehrwert eine marxistische und eine der Marxschen sehr unterschiedene Deutung gibt, ihn einmal unter Berufung auf Marx als die Differenz zwischen dem Ertrag der Arbeit des Arbeiters und dessen Arbeitslohn, ein anderes Mal aber als den zusätzlichen Wert definiert, den der von der Natur dargebotene Stoff teils durch die bloße Existenz der Gesellschaft und teils durch die auf ihn verwandte Arbeit überhaupt erhält. Wozu dann bei ihm noch die Anwendung des Begriffs Mehrwert auf den höheren Gebrauchswert kommt, den ein Produkt für den Abnehmer zum Unterschied vom Produzenten hat. Aber so widerspruchsvoll das alles scheint, so ist es doch nicht ohne seine eigene Logik. Für Palyi ist wirklicher Mehrwert das, was die Gesellschaft bereichert, während ihm das, was Marx Mehrwert nennt, nur Pseudomehrwert ist, weil es keine Bereicherung der Gesellschaft als ein Ganzes, sondern nur einzelner Elemente oder Klassen auf Kosten anderer bedeutet. Seine Mehrwertlehre ist Theorie des sozialen und nicht des kapitalistischen Mehrwerts.

Marx, der den Sozialismus aus der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft hervorgehen läßt, ihn als das Ergebnis einer quasi naturgesetzlich sich vollziehenden Entwicklung dieser Wirtschaft auffaßt, verwirft in Übereinstimmung damit jedes sozialistische System, das die zukünftige sozialistische Gesellschaft im einzelnen vorzuzeichnen sucht. Einige Andeutungen hinsichtlich der mutmaßlichen Grundsätze der Verteilung der Produkte in der echten und der späteren Phase der kommenden sozialistischen Gesellschaft findet man in dem schon wiederholt zitierten Brief über den Gothaer Programmentwurf und in gelegentlichen Bemerkungen in „Das Kapital". Im allgemeinen aber lehnt Marx es entschieden ab — wie er im Vorwort zur zweiten

Auflage von „Das Kapital" sich ausdrückt, — „Rezepte für die Garküche der Zukunft zu schreiben." Die Bolschewisten glaubten, alles Nötige mit der Proklamierung der Diktatur des Proletariats gesagt zu haben, indem sie die Fabriken, die Banken und die Handelshäuser usw. der Beherrschung durch die in Räten organisierten Arbeiter und Angestellten auslieferten. Sie haben sich aber genötigt gesehen, die betreffenden Dekrete durch andere zu ergänzen, die den Kapitalismus hintenherum wieder hereinlassen. Palyi kann, da er eine selbsttätige Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktion bis zu der von Marx angezeigten Höhe nicht mehr für möglich hält, die politische Herrschaft der Arbeiterklasse vielmehr vorher antreten sieht, nicht in der expektativen Haltung verharren, will es aber auch nicht auf eine Wiederholung der unglückseligen bolschewistischen Experimente ankommen lassen. So muß er logischerweise bestimmte, ins einzelne gehende Vorschläge machen, die zusammen ein System eines heute schon möglichen, mit möglichst wenig Unterbrechung des organischen Wirtschaftsprozesses verbundenen sozialistischen oder, wie er es ausdrückt, kommunistischen Gemeinwesens und den Übergang zu ihm zur Darstellung bringen.

Man wird ihm zugeben müssen, daß er dabei sehr sorgsam zuwege gegangen ist und, wie die Menschen selbst, so auch die subjektiven und objektiven Bedingungen einer aus dem kapitalistischen System sich erst herauslösenden neuen Wirtschaftsordnung nach Möglichkeit schont. Indem er das Gemeineigentum an den Produktions- und Zukunftsmitteln verkündet, diese selbst aber zunächst noch im Besitz der bisherigen Eigentümer und die letzteren für längere Zeit noch ruhig für im wesentlichen eigene Rechnung produzieren läßt, den Profit beschränkt, aber nicht aufhebt und

die endgültige Ablösung des Kapitals der kommenden Generation vorbehält, zeichnet er einen Übergangszustand vor, der vor den Entwürfen seiner Vorgänger manche Vorzüge voraus hat. Er ist so wenig utopistisch wie nur möglich, setzt keine anderen Menschen voraus als diejenigen, die wir kennen, und nimmt auf ihre Vorzüge und Schwächen jede mögliche Rücksicht. Er enthält sich jeder willkürlichen Gleichmacherei, sorgt für wirtschaftliche Antriebe zur Beobachtung der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit und sieht durch die Vorschrift der Sicherung eines Mindesteinkommens für jeden, der nicht gezwungen feiert, der Zustimmung der Arbeiterschaft zu dieser Neuordnung vor. Alles das ist sehr rationell durchdacht, und manche Einzelheiten verraten den Praktiker und guten Psychologen. Dennoch bleibt es eine Frage, ob dieses System den Stein der Weisen liefert, kraft dessen das große Problem, vor dem die heutige Menschheit steht, zum Vorteil der großen Allgemeinheit ersprießlich gelöst zu werden verspricht. Es erheben sich da einige Bedenken, die zum Schluß noch erörtert werden mögen.

Die Einrichtung, vermittels deren der Kommunismus bei Palyi verwirklicht wird, ist der von ihm im Abschnitt über das Rechtssystem des Kommunismus beschriebene allgemeine volkswirtschaftliche Kataster. Er nimmt die den Produzenten bei Strafe zur Pflicht gemachten Anmeldungen über ihre Betriebsanlagen, Betriebsausgaben, Ankäufe, erzeugte Waren und Verkäufe an, stellt danach den Wert der Betriebsanlagen und der Abnutzung, den Aufwand an Arbeit und den erzielten Überschuß fest, bestimmt die Mindestlöhne der Handarbeit und die Mindestgehälter der sog. Kopfarbeiter sowie die den Arbeitern und den Angestellten je nach der Schwere oder Feinheit ihrer Arbeiten und Güte ihrer Leistungen zu gewährenden Zulagen, überweist vom Überschuß dem Staat

seinen Anteil als Steuer und den Rest dem Unternehmer als Sonderentlohnung. Palyi meint, daß es dazu keiner allzu großen amtlichen Organisation bedarf, er scheint mir aber doch die Größe der nach diesem Plan dem Kataster zufallenden Arbeitslast und die Tragweite seiner Vollmachten zu unterschätzen, die Wirkungskraft der möglichen Leistungen des Amtes in bezug auf Erzielung größter Wirtschaftlichkeit aber zu überschätzen.

Selbst in einem mittelgroßen Staat würde dem Kataster eine Fülle von Arbeit obliegen, die ein Riesenpersonal notwendig und damit die Gefahr eines großen Bureaukratismus fast unabwendbar machte, in einem Großstaat aber wäre sie von einem einzelnen Amt wahrscheinlich überhaupt nicht zu bewältigen. Dem könnte nun durch Schaffung von Unterämtern nach Provinzen und Bezirken abgeholfen werden, aber die Gefahr des Bureaukratismus würde dadurch nicht vermindert, die Einheitlichkeit der Durchführung der festgestellten Grundsätze dagegen arg gefährdet werden. Auf unbedingte Richtigkeit der Angaben der Unternehmer wird um so weniger zu rechnen sein, als von den Bestimmungen des Katasteramts, die Höhe der diesen zufallenden Gewinne abhängt und die Kontrolle der Angaben in diesen Dingen sehr schwer zu sein pflegt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die von Palyi dem Wirtschaftskataster zugewiesenen Aufgaben überhaupt nicht gesellschaftlich zu lösen sind. Die Festsetzung von Mindestlöhnen ist heute schon verschiedentlich vom Gesetz geregelt. Sie geschieht durch besondere Organe, durch paritätisch zusammengesetzte Lohnämter, die ganz gut arbeiten, und es ist nicht abzusehen, warum diese Einrichtung nicht verallgemeinert werden soll, statt daß man einem alles mögliche Sonstige verrichtenden Amt das Mandat geben soll, von oben herab die Lohnsätze zu bestimmen.

Noch weniger scheint mir das Wirtschaftskataster-Amt dazu geeignet, die Zuschläge oder Prämien für besonders schwere oder feinere Arbeiten und Leistungen durch Verfügung zu regeln. Es kann allenfalls leitende Grundsätze für den Aufstieg und die Proportionalität der Bezüge der verschiedenen Arbeiter und Beamtenkategorien normieren, für manche Sonderleistungen aber wäre die autoritativ von einer außenstehenden Instanz verfügte Belohnung geradezu vorherbestimmt falsch auszufallen. Und so sehr es anzuerkennen ist, daß Palyi bei den Auslagen und Abschreibungen, die das Katasteramt zu berücksichtigen hat, der Reproduktion des Kapitals gedenkt, muß man sich doch fragen, ob das genügt, den Unternehmern diejenige Bewegungsfreiheit zu sichern, die für den Fortschritt der Produktion notwendige Bedingung ist. Wie will das Amt darüber entscheiden, ob eine Vergrößerung des Unternehmens angezeigt ist und welche Ausgaben dazu benötigt sind? Oder soll die Kapitalbeschaffung nach wie vor auf dem offenen Markte vor sich gehen? Es erheben sich da Fragen, die der Verfasser vielleicht auch durchdacht hat, über die er sich aber nicht mit voller Deutlichkeit ausspricht. Eine davon ist die Frage der Preisbestimmung, über die eine Andeutung um so wünschbarer wäre, als Palyi das Geld ruhig fortbestehen läßt. Bleibt die Preisbestimmung dem Markt überlassen, dann ist die Bildung solchen Mehrwerts, den Palyi Pseudomehrwert nennt, und Ausbeutung der Konsumenten nicht ausgeschlossen. Daß Palyi sich nicht darauf verlegt, sofort das Geld abzuschaffen, ist nur als Beweis für seine realistische Betrachtung der Dinge anzuerkennen.

Wenden wir uns von den Wirtschaftsfragen schließlich auch der politischen Frage zu, so wird manchem das scharf verdammende Urteil Palyis über den Parlamentarismus übertrieben erscheinen. Es ist aber zu verstehen, wenn man sich er-

innert, welches Bild der Parlamentarismus lange Jahre im Heimatland des Verfassers darbot, wo ein beschränktes Wahlrecht und der agrarische Charakter des Landes die fast unbeschränkte Herrschaft einer Oligarchie von Grundbesitzern zur Folge gehabt hat. Unter gleichen Umständen hat der Parlamentarismus in anderen Ländern ähnliche Erscheinungen gezeitigt. Die Demokratisierung des Wahlrechts, die stärkere Ausbildung eines selbst wieder demokratischen Parteilebens mit einer entsprechenden Presse hat da manches gebessert. Indes gewähren auch heute die Parlamente kein sonderlich befriedigendes Bild und sind sicher der Reform und Ergänzung bedürftig. Der Schreiber dieses hat im Jahre 1906 in einer Schrift über Parlamentarismus und Sozialdemokratie dargelegt, daß der Sieg der Arbeiterklasse das Absterben des heutigen Parlamentarismus und die Entwicklung neuer Formen der Selbstregierung zur Folge haben werde. Vieles von den Vorschlägen Palyis bewegt sich auf der Linie der Änderungen, die mir damals vorschwebten, aber von mir nur flüchtig angedeutet wurden. Interessieren wird, daß Palyi selbständig zu Vorschlägen kommt, die nahe Berührung mit den Gedanken haben, die Karl Marx in seiner Schrift über die Pariser Kommune von 1871 („Der Bürgerkrieg in Frankreich") über die Umgestaltung der Gesetzgebung und Verwaltung entwickelt. Auch Marx denkt an einen föderativ-demokratischen Aufbau der Selbstregierung. Der Dualismus Berufsvertretung und Volksvertretung, der den Kern von Palyis Reformvorschlag bildet, lag ihm freilich noch ebenso fern, wie die russische Idee der völligen Unterdrückung der Volksvertretung zugunsten einer spezifischen Klassenvertretung der Arbeiter. Diese letztere ihrerseits unterscheidet sich so wesentlich von Palyis Idee der Sachverständigen-Räte, daß nicht recht ersichtlich ist, warum Palyi für die letzteren den gleichen Namen Sowjets

gewählt hat. Es ist sogar anzunehmen, daß die Vertreter der russischen Idee ihm den Anspruch darauf streitig machen werden. Dies nebenbei. In der Sache hat, wie jeder Dualismus, so auch der Palyische seine Bedenken. Es muß aber anerkannt werden, daß Palyi bemüht gewesen ist, nach Möglichkeit ein organisches Band zwischen den beiden Vertretungen herzustellen. Auch hier treten sein praktischer Sinn und sein Bestreben nach gerechter Berücksichtigung der Ansprüche aller nützlichen Elemente der Gesellschaft sehr vorteilhaft zutage.

Der Geist edler Menschlichkeit durchzieht seine ganze Schrift. Er zeigt sich am hellsten in Palyis Ausführungen über spezifische Rechtsfragen, er ist aber auch deutlich in den wirtschaftlichen Vorschlägen zu erkennen, die er in gewissem Sinne regulierend beeinflußt hat. In unseren Tagen, wo der Gedanke des Kommunismus mit so viel Lärm in einer unsäglich vergröberten Auffassung der Marxschen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung propagiert wird, wirkt dieser idealistisch begründete Kommunismus wie eine erfrischende Gegenkost. Auch ist Palyis historischer Idealismus dem Marxschen Geschichtsmaterialismus nicht so schroff entgegengesetzt, wie die Wahl des Namens es anzudeuten scheint. Der Marxismus leugnet die Bedeutung der Ideen nicht, er legt nur die letzten und entscheidenden Gründe ihres Aufkommens und ihrer Wandlungen, sowie die mögliche Stärke ihrer Wirkungskraft dar. Keine Idee und keine ihrer Wandlungen entstehen ohne bestimmte Wandlungen im gesellschaftlichen Dasein der Menschen. So brauchte es eine große Zeitspanne, bis sich auch nur der Begriff Mensch als Allgemeinbegriff herausbilden konnte, und eine schon recht vorgeschrittene Entwicklung, bis er sich zum Begriff Menschheit erweitern konnte. Einmal da, hat aber dieser Begriff selbst befruchtend auf das

Denken und Urteilen zurückgewirkt, und als die Frucht einer sehr vorgeschrittenen Auffassung des Begriffs, zu der es aber auch großer Wandlungen im gesellschaftlichen Leben der Menschheit bedurfte, haben wir Eduard Palyis Plan des Kommunismus zu begrüßen.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung des Herausgebers 9
Die Grundursache des Kommunismus 13
Die Sittenlehre des Kommunismus 17
Die Wirtschaftslehre des Kommunismus 20
Das Rechtssystem des Kommunismus 25
Mehrwert und Privateigentum 32
Zweck und Mittel 39
Recht und Gesundheit: öffentliche Angelegenheiten . . 46
Das Strafrecht des Kommunismus 48
Die Rolle der Intelligenz 53
Prinzipien der Lösung 56
Die Konstituierung 63
Wieviel entfällt auf jeden? 71
Einwände 73
Sowjets und Parlament 78
Wirtschaftlicher Weltbund 92
Historischer Idealismus 96
Ein Nachwort zum Geleit von Eduard Bernstein . . . 99
Die kommunistische Lehre Eduard Palyis im Lichte des Marxismus 112

Druck von Hallberg & Büchting (Inh.: A. Klepzig) in Leipzig



BIBLIOTEKA NAUKOWA
WAP
63831
1